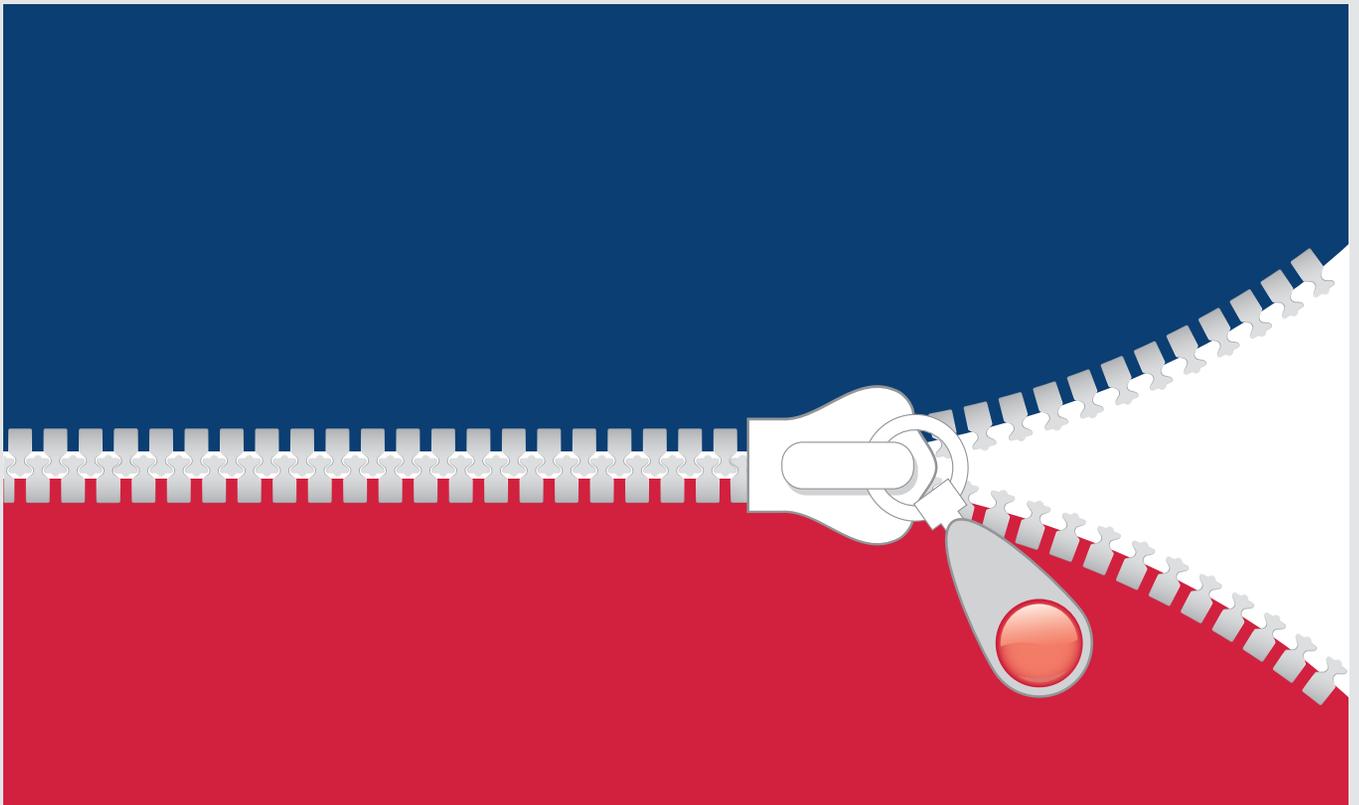


20 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

Wunsch oder Wirklichkeit



Statistisches Bundesamt

Zum Geleit

20 Jahre Deutsche Einheit – das sind 20 Jahre Überwindung der unnatürlichen Teilung unseres Landes, 20 Jahre Annäherung, Fortschritt und Gemeinschaft, aber auch 20 Jahre nachwirkende Unterschiede sozialer und wirtschaftlicher Natur in Ost und West. Das Glück über die Einheit bleibt bis heute ebenso spürbar wie manche Folgen der jahrzehntelangen Teilung.

Wo stehen wir heute? Was ist noch zu tun? Die Zahlen der amtlichen Statistik eröffnen einen neutralen Blick auf die Arbeits- und Lebensbedingungen in den westlichen und östlichen Ländern. Sie sind die Stütze einer evidenzbasierten Politik, liefern aber auch Hintergründe für die persönliche Verortung im vereinten Deutschland.

Die Darstellungen dieser Broschüre sind informativ und erhellend. Insbesondere gelingt es ihnen, die Wirkungszusammenhänge zwischen den verschiedensten Lebensbereichen erkennbar zu machen. Der lange Zeitraum der Betrachtung deckt Veränderungen auf, die wir im Einzelnen gar nicht gespürt haben, die im Gesamten gesehen aber doch deutliche Spuren hinterlassen haben.

Wir haben in den 20 Jahren in gemeinsamer Anstrengung Vieles erreicht. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Erfolgsgeschichte. Unser Ziel bleiben gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land. Dafür bedarf es weiterer Anstrengungen von Politik und Wirtschaft.

Ich danke dem Statistischen Bundesamt für die hier zusammengetragenen Informationen und wünsche mir, dass sie eine nachhaltige Wirkung zeigen.



Dr. Thomas de Maizière, MdB
Bundesminister des Innern
Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

das vereinte Deutschland ist erwachsen. Vor allem die Kinderjahre der Einheit haben für die neuen Länder viel Veränderung mit sich gebracht. Freiheiten, Wohlstand und neue Möglichkeiten stehen auf der einen Seite, wirtschaftlicher Wandel, Abwanderung und Arbeitslosigkeit auf der anderen. In den Jugendjahren näherten sich Ost und West zunehmend an und Unterschiede nahmen ab.

Wo steht Deutschland heute? Wie ist die Entwicklung im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern verlaufen? Was hat zu den Veränderungen beigetragen?

Die amtliche Statistik kann den Fortschritt der Einheit in Zahlen sichtbar machen. Sie wertet nicht, sondern liefert Informationen, die in politischen oder privaten Diskussionen als objektive Basis dienen können. Die Eindrücke, die man mit bloßem Auge sammelt, gewinnen mit dem informierten Blick der Statistik an Detail und Kontur.

Ich lade Sie ein, die letzten 20 Jahre unter die Lupe zu nehmen und mit Ihrer Sicht der Dinge zu vergleichen.

Ich danke allen, die zur Entstehung dieses Heftes beigetragen haben und wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihr



Roderich Egeler
Präsident des Statistischen Bundesamtes

Vorbemerkungen

In der Broschüre wurde ein einheitliches Farbschema verwendet. Dabei ist das frühere Bundesgebiet durchgängig in blau dargestellt, die neuen Länder durchgängig in rot.

Die Zuordnung Berlins erfolgt in verschiedenen Varianten:

Bezeichnung	Zuordnung Berlins
Früheres Bundesgebiet, Neue Länder	Berlin-West zählt zum früheren Bundesgebiet, Berlin-Ost zählt zu den neuen Ländern
einschl. Berlin	Berlin wird komplett zum früheren Bundesgebiet bzw. zu den neuen Ländern gerechnet
Früheres Bundesgebiet, Neue Länder, Berlin	Berlin wird separat ausgewiesen
Früheres Bundesgebiet, Neue Länder, (jeweils) ohne Berlin	Werte für Berlin sind nicht nachgewiesen

Abkürzungen:

Einschl.	einschließlich
€	Euro
ha	Hektar
km ²	Quadratkilometer
Mill.	Million
Mrd.	Milliarde
m ²	Quadratmeter
%	Prozent
♂	Männer
♀	Frauen

Abweichungen in den Summen oder von 100% ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Detaillierte Begriffsdefinitionen und Methodenbeschreibungen zu verwendeten Statistiken finden Sie im Internet unter www.destatis.de.

Für tieferegehende Länderergebnisse steht Ihnen das Statistikportal der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder unter www.statistik-portal.de zur Verfügung.

Inhalt

Bevölkerung

Bevölkerungsentwicklung	10
Bevölkerungsdichte	11
Ausländer und Migranten	12
Wanderungsbewegungen	13
Geburtenzahlen	14
Lebenserwartung	15
Demografischer Wandel	16

Familie, Lebensformen und Kinder

Eheschließungen	20
Familienformen	21
Familiengröße	22
Kinderbetreuung	23

Bildung

Schülerzahlen	26
Bildungsabschlüsse	27
Berufliche Bildung	28

Wirtschaft

Wirtschaft im Wandel	32
Verarbeitendes Gewerbe	33
Baugewerbe	34
Wohnungsbau	35
Landwirtschaft	36
Ökologischer Landbau	37
Tourismus	38
Außenhandel	39
Gründungen und Insolvenzen	40

Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit	44
Erwerbslosigkeit	45
Teilzeitarbeit	46
Arbeitsproduktivität	47
Verdienste in Ost und West	48
Verdienste von Männern und Frauen	49

Leben

Verfügbares Einkommen	52
Familieneinkommen	53
Elterngeldbezug von Vätern	54
Altersrente	55
Soziale Mindestsicherung	56
Armutsgefährdung	57
Konsumausgaben	58
Haushaltsausstattung	59
Wohnverhältnisse	60
Kaufwerte für Bauland	61
Immobilienbesitz	62
Wahlverhalten	63
Religionszugehörigkeit	64

40 Jahre Teilung – 20 Jahre Einheit

40 Jahre Teilung haben in Deutschland tiefe Spuren hinterlassen und dazu geführt, dass die Ausgangspositionen von Ost und West auf dem Weg zur Einheit sehr unterschiedlich waren:

Das frühere Bundesgebiet hatte mit seiner marktorientierten Wirtschaft, einer freien Verfassung, klarer demokratischer Grundordnung, der Nähe zur westlichen Welt und vor allem den Wirtschaftsbeziehungen im westlichen Europa trotz zwischenzeitlicher Krisen eine stabile Grundverfassung zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung erreicht.



Anders in den neuen Ländern: Der sozialistisch regierte Teil Deutschlands im Schatten des Ostblocks, mit der Herrschaft einer „führenden Partei“, die alle Lebensbereiche kontrollieren wollte, und einer zentral gelenkten Wirtschaft, stand Ende der 80er Jahre vor dem Zusammenbruch. Die Begeisterung für die Freiheit und das ersehnte

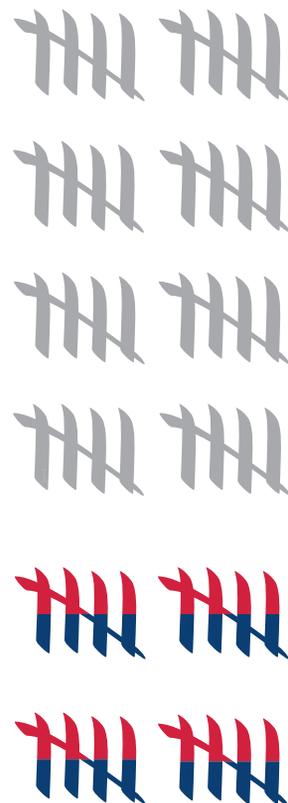
Ende der Repressionen in der DDR beherrschte die Zeit direkt nach dem Mauerfall. Ernüchterung trat ein, als deutlich wurde, welches wirtschaftliche Desaster die SED hinterlassen hatte und wie tiefgreifend die Transformation zu einer funktionierenden, auch international konkurrenzfähigen Marktwirtschaft sein würde.

Dabei war die Lage in Deutschland im Vergleich zu den östlichen Nachbarstaaten leichter und schwieriger zugleich: Leichter, denn es gab einen prosperierenden und stabilen Landesteil, der die notwendige Solidarität üben konnte und wollte. Schwieriger, denn die Annäherung der Lebensbedingungen im wiedervereinten Land stand unter hohem Zeitdruck. Der wirtschaftliche Umbruchprozess nach dem Ende der sozialistischen Herrschaft musste schnell vollzogen werden – unter gleichzeitiger Abfederung seiner unvermeidlichen Härten durch eine effektive Sozialunion.

Im innerdeutschen Vergleich rückten die Daten des wirtschaftlichen und sozialen Wandels in den Fokus der Aufmerksamkeit – für den Einzelnen wie für die Gesellschaft:

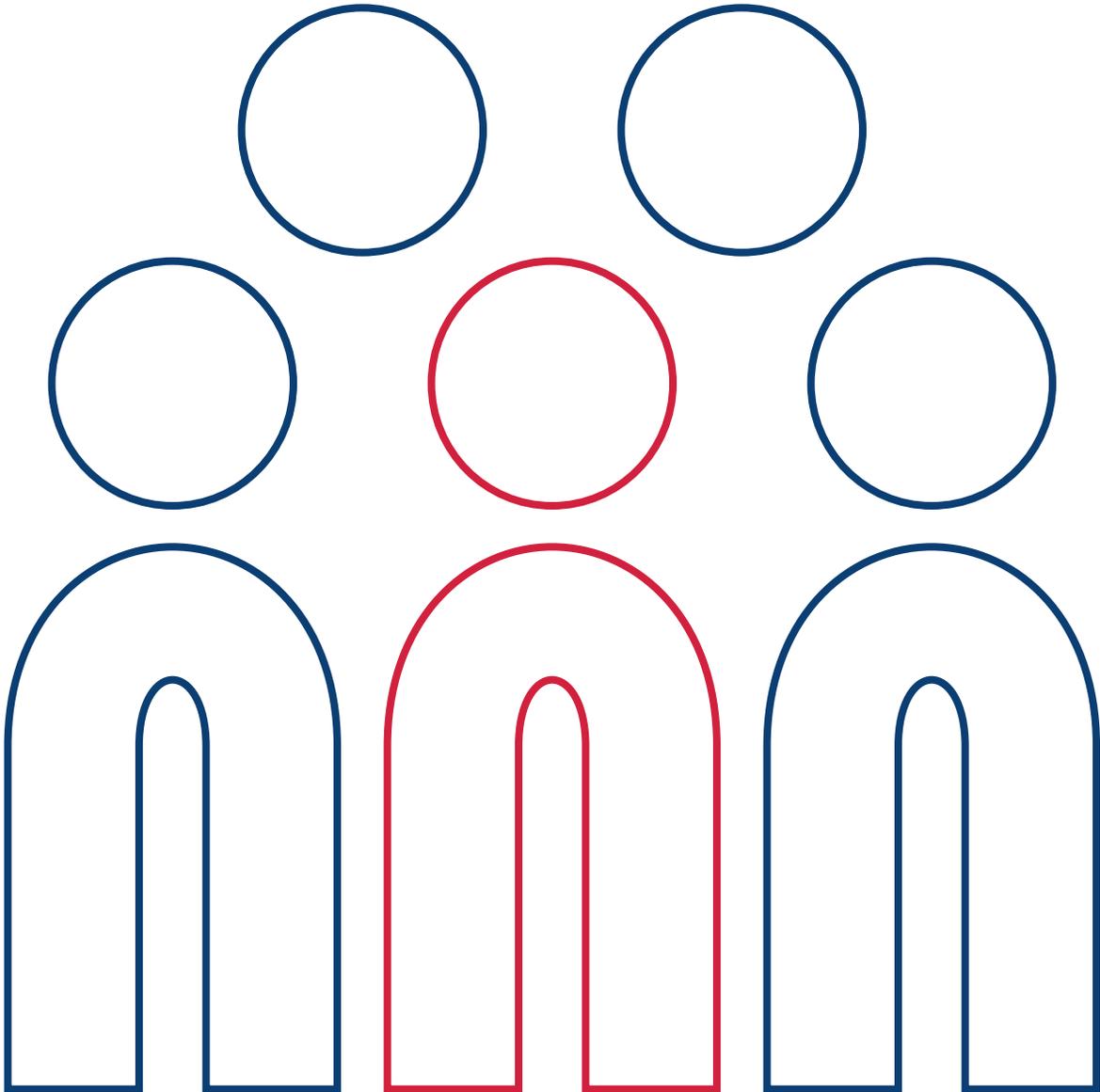
Was verdient jemand in Thüringen? Was jemand in Bayern? Gehen Frauen mit Kind im Saarland auch so häufig arbeiten wie in Sachsen-Anhalt? Lebe ich besser oder schlechter als jemand in einem anderen Bundesland? Die neuen Vergleichsmaßstäbe verändern die Bewertung der eigenen Lebenssituation – positiv wie negativ.

Klar ist: Für die große Mehrheit der Deutschen in Ost und West ist die Wiedervereinigung Grund zur Freude; nur verschwindend geringe Minderheiten wünschen sich die alten Verhältnisse zurück. Und die Frage, ob die innere Einigung der Deutschen gelinge, wird heute in den alten (68 zu 20%) wie in den neuen Ländern (51 zu 34%) eindeutig positiv und optimistisch beantwortet. Allerdings sieht eine Mehrheit die Ost-West-Unterschiede noch immer stärker ausgeprägt als die Gemeinsamkeiten.



Quelle der Umfragedaten

Thomas Petersen (Allensbach), Aufklärung über die eigene Vergangenheit, in: FAZ 25.11.2009
 Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003 – 2009, Berlin 2009
 Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer-Extra 20 Jahre Mauerfall, 11/2009



Bevölkerung

Wir sind das Volk – Bevölkerungsentwicklung

In Deutschland lebten Ende 2008 insgesamt rund 82 Millionen Menschen, davon 13 Millionen (15,9%) in den neuen Ländern, 65,5 Millionen (79,9%) im früheren Bundesgebiet und 3,4 Millionen in Berlin (4,1%).

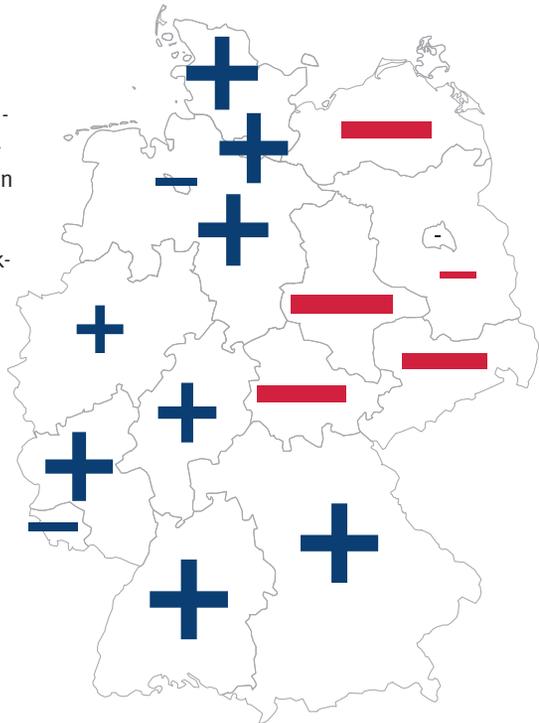
Seit 1990 ist die Bevölkerung in den neuen Ländern deutlich zurückgegangen: Ende 2008 lebten hier 1,7 Millionen Menschen weniger als zur Zeit der Wende (– 11,7%). Zurückzuführen ist dieser starke Rückgang vor allem auf Abwanderungen in den Westen oder das Ausland, aber auch auf gesunkene Geburtenzahlen. Die höchsten Verluste mussten Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern hinnehmen.

In den alten Bundesländern (ohne Berlin) nahm die Bevölkerung im gleichen Zeitraum um vier Millionen zu (+ 6,5%). Den höchsten absoluten Zuwachs wies Bayern auf: Seit 1990 haben sich hier mehr als eine Million Menschen neu angesiedelt.

Bevölkerungsentwicklung

jeweils am 31. Dezember des jeweiligen Jahres

	1990 in 1000	2008 in 1000	Differenz in %
Baden-Württemberg	9822	10750	+9,4
Bayern	11449	12520	+9,4
Schleswig-Holstein	2626	2834	+7,9
Niedersachsen	7387	7947	+7,6
Hamburg	1652	1772	+7,2
Rheinland-Pfalz	3764	4028	+7,0
Hessen	5763	6065	+5,2
Nordrhein-Westfalen	17350	17933	+3,4
Berlin	3434	3432	–0,1
Brandenburg	2578	2522	–2,2
Bremen	682	662	–2,9
Saarland	1073	1030	–4,0
Sachsen	4764	4193	–12,0
Thüringen	2611	2268	–13,2
Mecklenburg-Vorpommern	1924	1664	–13,5
Sachsen-Anhalt	2874	2382	–17,1
Deutschland	79753	82002	+2,8
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)	61568	65541	+6,5
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	14752	13029	–11,7



In der Grafik ist die Bevölkerungsentwicklung von 1990 bis 2008 dargestellt.

Die Größe der Zeichen steht für die Höhe ihres Betrages, das Zeichen selbst für Zu- (+) bzw. Abnahme (–) der Bevölkerungszahl im jeweiligen Bundesland.

Hohe Berge und abgelegene Täler – Bevölkerungsdichte

In Deutschland lebten Ende 2008 durchschnittlich 230 Einwohner auf einem Quadratkilometer. Seit 1991 ist die Bevölkerungsdichte damit bundesweit leicht gestiegen (+ 2,2%).

Beim Ost-West-Vergleich zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede: Die neuen Bundesländer wiesen 2008 mit durchschnittlich 121 Einwohnern pro Quadratkilometer eine wesentlich geringere Bevölkerungsdichte auf als die alten Bundesländer mit 264 Einwohnern pro Quadratkilometer. Berlin ist mit 3 849 Einwohnern je Quadratkilometer bei der Bevölkerungsdichte Spitzenreiter der Bundesländer.

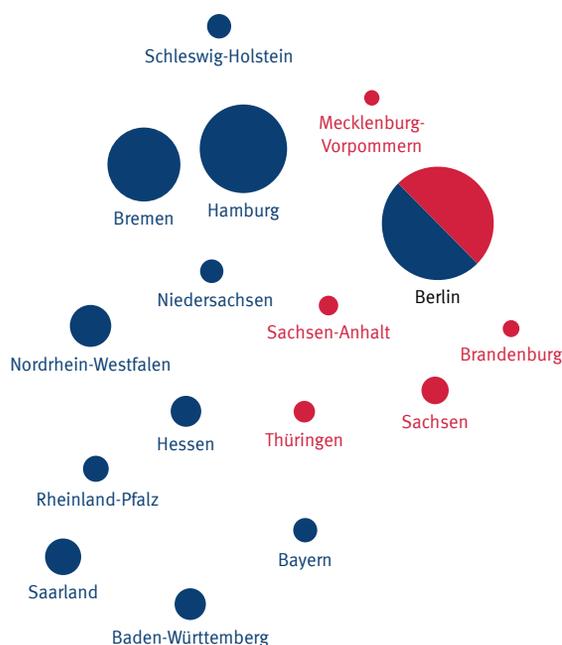
Während seit 1991 die Bevölkerungsdichte im früheren Bundesgebiet fast überall leicht gestiegen ist, zeigte sich ein deutlicher Rückgang für die neuen Länder: in Sachsen-Anhalt – 16%, in Thüringen und Sachsen – 11% und in Mecklenburg-Vorpommern – 10,0%.

Bevölkerungsdichte

Einwohner je km² am 31. Dezember

	1991	2008	Differenz in %
Berlin	3 876	3 849	-0,7
Hamburg	2 209	2 347	+6,2
Bremen	1 691	1 637	-3,2
Nordrhein-Westfalen	514	526	+2,3
Saarland	419	401	-4,3
Baden-Württemberg	280	301	+7,5
Hessen	276	287	+4,0
Sachsen	255	228	-10,6
Rheinland-Pfalz	193	203	+5,2
Schleswig-Holstein	168	179	+6,5
Bayern	164	177	+7,9
Niedersachsen	158	167	+5,7
Thüringen	158	140	-11,4
Sachsen-Anhalt	138	116	-15,9
Brandenburg	88	86	-2,3
Mecklenburg-Vorpommern	80	72	-10,0
Deutschland	225	230	+2,2
Früheres Bundesgebiet (ohne Berlin-West)	251	264	+5,2
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	135	121	-10,4

Bevölkerungsdichte 2008



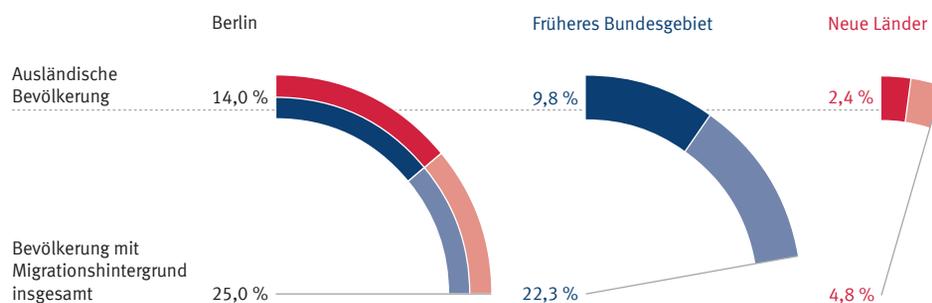
In der Grafik ist die Bevölkerungsdichte der Bundesländer dargestellt.

Je größer der Punkt, umso mehr Menschen leben auf einem Quadratkilometer.

Bunte Republik Deutschland – Ausländer und Migranten

Bevölkerung mit Migrationshintergrund und ausländische Bevölkerung

am 31. Dezember 2009



In Deutschland leben Bürger aus fast allen Ländern der Welt. Mit einem Anteil von 8,8% an der Bevölkerung war Ende 2009 mehr als jeder elfte Mensch in Deutschland ausländischer Nationalität. Insgesamt hatten 16 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund.

Das frühere Bundesgebiet ist immer noch deutlich „internationaler“ als die neuen Länder: So lebten Ende 2009 rund 6,4 Millionen Ausländerinnen und Ausländer im Westen, was einem Ausländeranteil von 9,8% entsprach. Der Anteil war damit etwa viermal so hoch wie in den neuen Ländern (2,4%).

Den höchsten Ausländeranteil der Bundesländer wies Berlin auf: 14% der Berliner – rund 480 000 – hatten einen ausländischen Pass. In der Bundeshauptstadt lebten damit sogar mehr Ausländer als in den neuen Ländern insgesamt (309 000).

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik zugewanderten Ausländer und Deutschen, sowie alle in Deutschland Geborenen mit mindestens einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Mehr als nur ab und zu – Wanderungsbewegungen

Wanderungsbewegungen 1991 bis 2008
ohne Angaben für Berlin

Seit 1991 sind rund 1,1 Millionen Personen mehr aus dem Osten in den Westen (jeweils ohne Berlin) gezogen als umgekehrt. Der Wanderungssaldo – das heißt die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen – war dabei in jedem Jahr negativ für den Osten und positiv für den Westen.

Den Weg ins Ausland suchten tendenziell mehr Menschen aus Berlin und dem früheren Bundesgebiet. Von den 175 000 Deutschen, die 2008 die Bundesrepublik in Richtung Ausland verlassen haben, waren rund 17 000 aus dem Osten, 147 000 aus dem Westen und 10 000 aus Berlin.

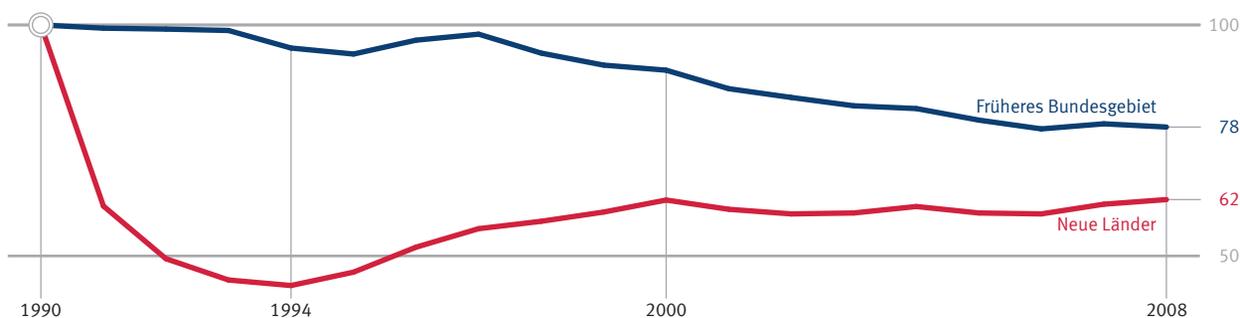
Auch die internationale Zuwanderung hatte ihren Schwerpunkt im Westen: Während 2008 rund 590 000 Personen aus dem Ausland in das frühere Bundesgebiet (ohne Berlin) zugezogen sind, registrierten die neuen Bundesländer insgesamt lediglich so viele Zuzüge wie Berlin (46 000).



Eins, zwei oder keins – Geburtenzahlen

Geburtenzahlen

Index (1990=100), ohne Angaben für Berlin



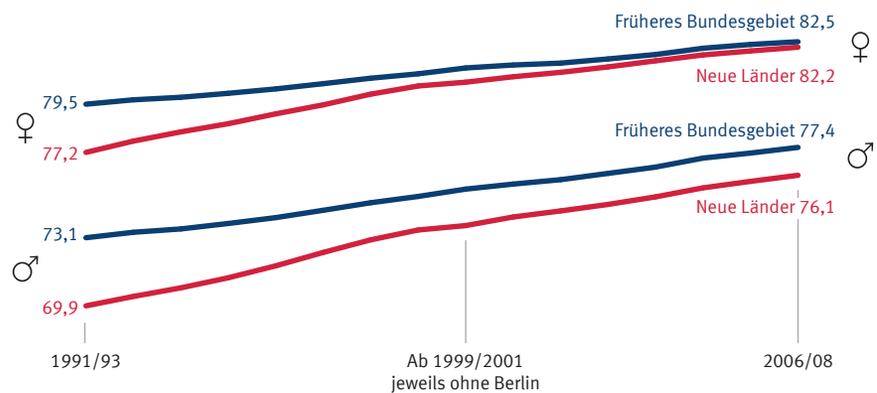
Der anhaltende Rückgang der Geburtenzahlen betrifft den Osten wie den Westen Deutschlands, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Während im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin-West) die Geburtenzahlen von 1990 bis 2008 um rund 22% absanken, fiel der Rückgang in den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) im direkten Vergleich der Jahre wesentlich stärker aus (-38%).

Die Entwicklung der Geburtenzahlen in Ostdeutschland wurde geprägt durch tief greifende Veränderungen zur Wendezeit, die alle Lebensbereiche erfassten und mit einer starken Verunsicherung der Bevölkerung einhergingen. Innerhalb von zwei Jahren halbierte sich die Zahl der Geburten, bis 1994 sank sie auf 44% des Wertes von 1990. In den Folgejahren stieg die Zahl der Geburten zwar wieder an, einen großen Anteil hieran hatten jedoch die zuvor aufgeschobenen Kinderwünsche der Familien im Osten.

Der Fortzug zahlreicher jüngerer Menschen – vor allem junger Frauen – von Ost nach West verstärkte zusätzlich den Rückgang der Geburtenzahlen in den neuen Ländern.

Mehr Zeit zum Leben – Lebenserwartung

Lebenserwartung bei Geburt in Jahren



Die Lebenserwartung ist in den neuen Ländern seit der Deutschen Einheit erheblich gestiegen. Aufgrund der verbesserten Lebens- und Arbeitsbedingungen fand eine rasche Anpassung der Lebenserwartung an den Wert des früheren Bundesgebiets statt. Im Durchschnitt werden neugeborene Jungen in Deutschland 77,2 Jahre alt, neugeborene Mädchen 82,4 Jahre.

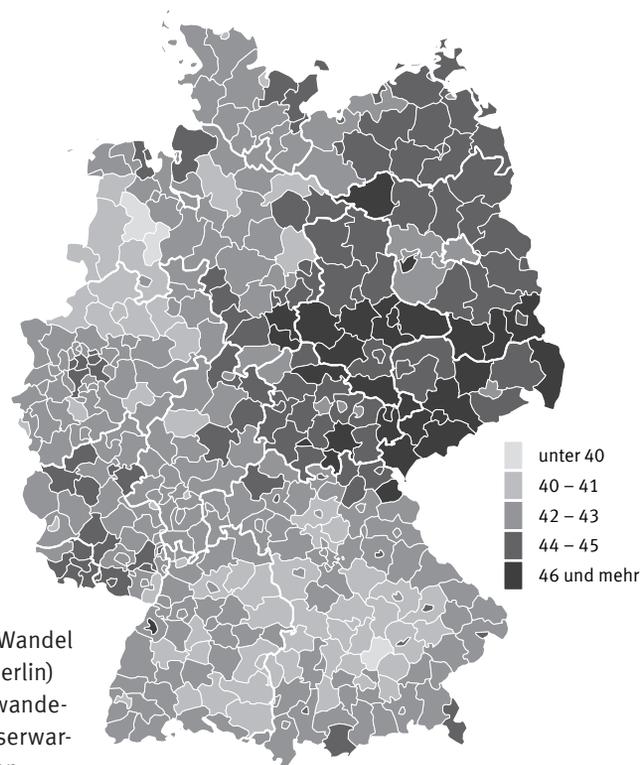
1991/93 trennten die Jungen in Ost und West noch drei Jahre und drei Monate – bei den Mädchen waren es etwa zwei Jahre und vier Monate. Bis 1998/2000 näherten sich die Werte für Ost und West relativ schnell an, in den letzten Jahren setzte sich diese Tendenz langsam aber stetig fort.

Bis 2006/08 hat sich die Differenz in der Lebenserwartung von Ost und West für Jungen auf rund ein Jahr und vier Monate verringert, für Mädchen lediglich auf rund drei Monate.

Die Lebenserwartung Neugeborener wird anhand der sogenannten Sterbetafeln bestimmt. Die Periodensterbetafel ist ein demografisches Modell, das aufgrund der derzeitigen Sterblichkeit von Personen angibt, wieviele Lebensjahre ein neugeborenes Kind erreichen würde.

Altersheimat Deutschland – Demografischer Wandel

Durchschnittsalter der Bevölkerung
am 31.12.2008 in Jahren



Deutschlands Bevölkerungsstruktur wird sich verändern. In 50 Jahren werden weniger und immer ältere Menschen als heute in Deutschland leben. Bereits jetzt liegt der Altersdurchschnitt bei 43,2 Jahren und damit deutlich über dem Durchschnitt in der Europäischen Union. Schon 2030 werden die ab 65-Jährigen etwa 29% der Bevölkerung Deutschlands stellen – 2008 waren es noch 20%. Im Jahr 2060 wird dann jeder Dritte mindestens 65 Jahre alt sein und es werden doppelt so viele 70-Jährige leben, wie Kinder geboren werden.

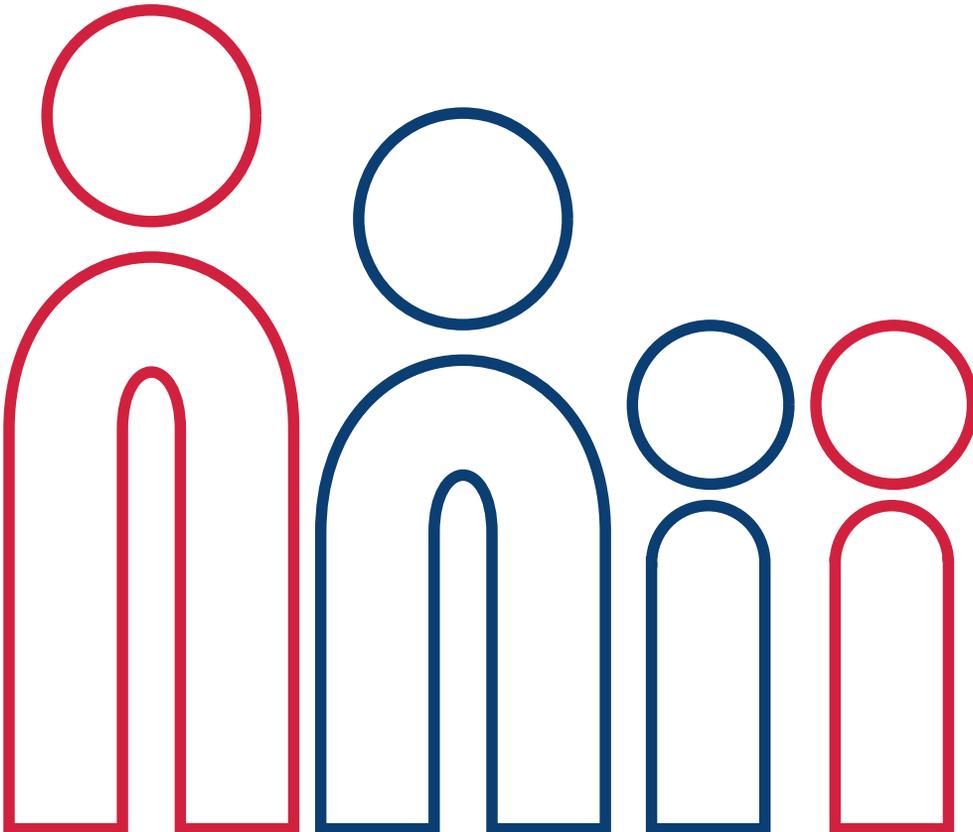
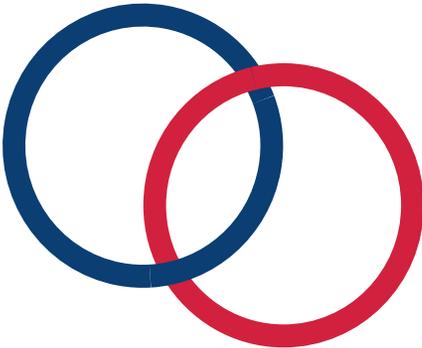
Besonders starke Auswirkungen wird der demografische Wandel im Osten haben. Die Einwohner der neuen Länder (ohne Berlin) waren 2008 durchschnittlich 45,4 Jahre alt. Durch die Abwanderung von zumeist jungen Leuten und die steigende Lebenserwartung wird hier das Durchschnittsalter künftig weiter steigen.

Mit 42,8 Jahren waren die Einwohner des früheren Bundesgebiets (ohne Berlin) 2008 im Durchschnitt um 2,6 Jahre jünger als die Menschen im Osten. Zwar wird die Bevölkerung in den alten Flächenländern ebenfalls altern und schrumpfen, jedoch deutlich langsamer als in den neuen Ländern.

Lediglich die Stadtstaaten werden auch in absehbarer Zukunft eine relativ junge und gleichbleibend hohe Bevölkerung haben.

Die aktuelle Bevölkerungsvorusberechnung zeigt, wie sich die Bevölkerung bis zum Jahr 2060 verändern wird. Je nach Annahmen hinsichtlich Zuwanderung, Geburten- und Sterbezahlen ergeben sich verschiedene Varianten der zukünftigen Bevölkerung.

Innerhalb der nächsten 50 Jahre wird es zu einem Rückgang der Bevölkerungszahl um 15 bis 21% kommen, wenn sich aktuelle demografische Trends fortsetzen.



Familie, Lebensformen und Kinder

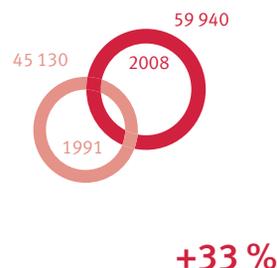
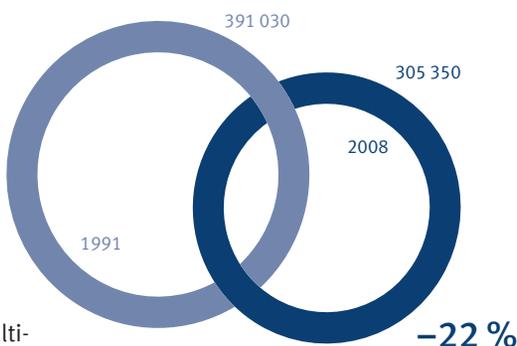
Der Hafen und die hohe See – Eheschließungen

Eheschließungen

Angaben jeweils ohne Berlin

Früheres Bundesgebiet

Neue Länder



Die persönlichen Lebensformen vervielfältigen sich: Neben Single-Dasein und Patchworkfamilie, Lebensgemeinschaft und eingetragener Partnerschaft steht die Ehe immer noch hoch im Kurs.

Auch wenn die Gesamtzahl der Eheschließungen in Deutschland in den letzten Jahren gesunken ist: In den neuen Ländern hat das Ja-Wort an Häufigkeit gewonnen.

Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) nahm die Zahl der Eheschließungen von 1991 bis 2008 um gut ein Fünftel ab (-22%). Ganz anders in den neuen Ländern (ohne Berlin): Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Eheschließungen um 14 800 an, was einem Zuwachs von rund +33% entspricht. Berlin weist eine ganz eigene Entwicklung auf: Hier gab es 2008 mit 11 800 weniger als halb so viele Trauungen wie noch 1991 (-54%).

Leben mit Kindern – Familienformen

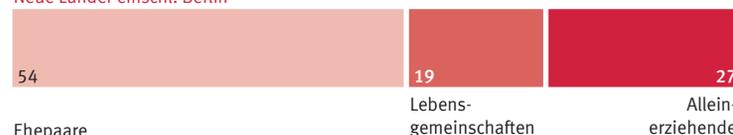
Familienformen 2009

Angaben für Familien mit minderjährigen Kindern in %

Früheres Bundesgebiet



Neue Länder einschl. Berlin



Die meisten Kinder in Ost und West wachsen in Familien mit verheirateten Eltern auf. Im Westen war die Ehe 2009 bei 76% der Familien die Basis des Zusammenlebens; im Osten waren nur 54% der Eltern verheiratet. Entsprechend größer war hier der Anteil alternativer Lebensformen. Der Anteil der Lebensgemeinschaften mit minderjährigen Kindern war in den neuen Ländern mit 19% mehr als drei Mal so hoch wie im früheren Bundesgebiet (6%). Auch die Familienform der Alleinerziehenden war in den neuen Ländern deutlich weiter verbreitet als im früheren Bundesgebiet.

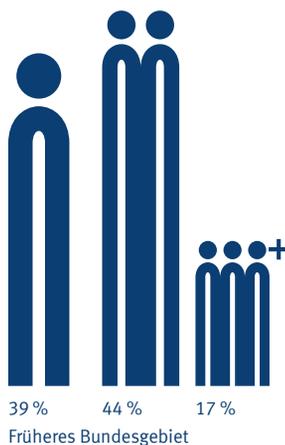
Im Vergleich zu 1996 leben immer weniger Menschen mit Kindern zusammen. Vor allem in den neuen Ländern war ein drastischer Rückgang zu beobachten: Die Zahl der Familien sank hier seit 1996 um gut ein Drittel (-37%). Im früheren Bundesgebiet fiel der Rückgang mit einem Minus von rund 6% weit weniger stark aus.

Die unterschiedlichen Trends der Familienformen in Ost- und Westdeutschland sind vor allem auf ein ungleiches Geburtenverhalten zurückzuführen. Daneben können binnen-deutsche Wanderungsbewegungen ebenso wie Zuwanderungen nach Deutschland bzw. Abwanderungen ins Ausland eine Rolle spielen.

Ein Kind im Osten – Familiengröße

Kinder in Familien 2009

Familien in Deutschland werden immer kleiner. Zwar war 2009 der Anteil von Ein-Kind-Familien im früheren Bundesgebiet mit 39% genauso hoch wie 1996, in den neuen Ländern und Berlin erhöhte sich der Anteil jedoch kräftig von 45 auf 52%.



In ostdeutschen Familien leben tendenziell weniger Kinder als in Familien im früheren Bundesgebiet: 2009 betreuten im Osten 37% der Familien mit minderjährigen Kindern genau zwei Kinder. Drei und mehr Kinder lebten nur in 11% der Familien.

Ein anderes Bild zeigt sich bei den westdeutschen Familien: Hier hatten die meisten Familien (44%) zwei Kinder und immerhin noch 17% betreuten drei oder mehr Sprösslinge.



Die Höhe der einzelnen Figuren bzw. Figurengruppen verdeutlicht den Anteil der Familien, die 2009 mit der entsprechenden Anzahl von Kindern in einem gemeinsamen Haushalt lebten.

Gut aufgepasst – Kinderbetreuung

Wenn es darum geht, Arbeit und Familie unter einen Hut zu bringen, sind Angebote zur Kinderbetreuung von großer Bedeutung. In Deutschland wurde 2009 etwa jedes fünfte Kind (20%) unter drei Jahren tagsüber in einer Kindertageseinrichtung oder durch eine Tagesmutter bzw. einen Tagesvater betreut.

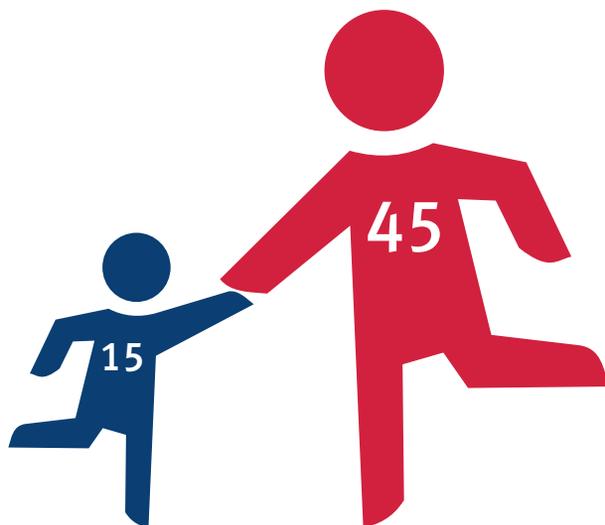
Zwischen Ost und West zeigen sich jedoch erhebliche Unterschiede: Während Anfang 2009 in den neuen Ländern und Berlin die Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren im Durchschnitt 45 % betrug, zeigte sich

Betreuungsquote von unter 3-Jährigen
in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege am 3. März 2009

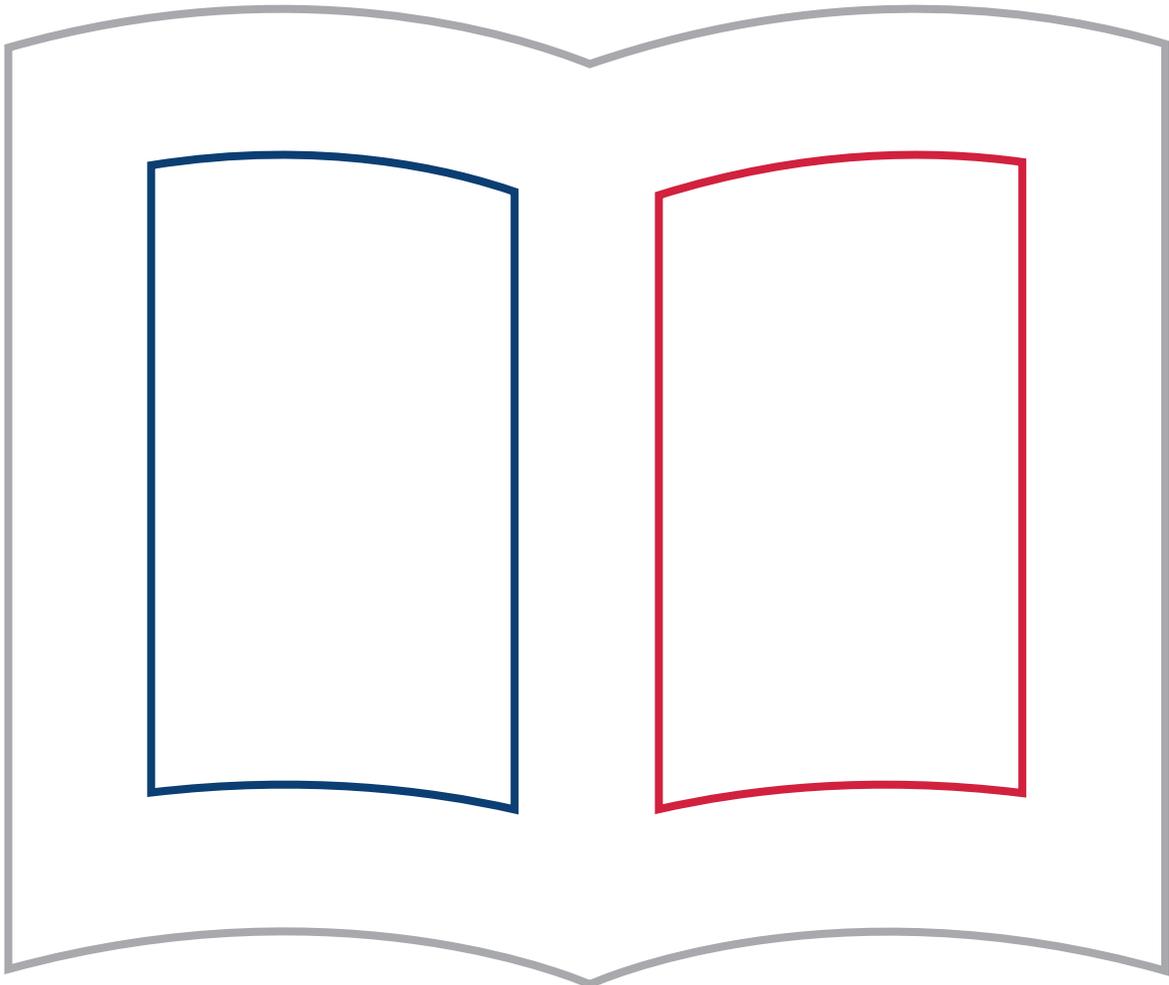
	Betreuungsquote in %
Sachsen-Anhalt	55,1
Mecklenburg-Vorpommern	49,6
Brandenburg	48,3
Thüringen	42,8
Berlin	41,6
Sachsen	40,1
Hamburg	25,7
Rheinland-Pfalz	17,6
Hessen	16,3
Baden-Württemberg	15,9
Bayern	15,7
Saarland	15,2
Schleswig-Holstein	14,5
Bremen	13,8
Niedersachsen	12,0
Nordrhein-Westfalen	11,6
Deutschland	20,4
Früheres Bundesgebiet	14,6
Neue Länder einschl. Berlin	44,9

für das frühere Bundesgebiet ein Wert von nur rund 15 %. Die mit Abstand höchsten Betreuungsquoten gab es mit 55 % in Sachsen-Anhalt, die niedrigsten in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 12 %.

Lediglich zwei ostdeutsche Kreise – der Erzgebirgskreis und der Landkreis Eichsfeld (jeweils 32 %) – wiesen eine geringere Betreuungsquote bei den unter 3-Jährigen auf als der Kreis mit der höchsten Quote im Westen (Stadt Heidelberg: 36 %).



Die Abbildung verdeutlicht die Betreuungsquoten für Kinder im Alter von unter drei Jahren, die am 3. März 2009 in Kindertageseinrichtungen und öffentlich geförderter Tagespflege betreut wurden. Die Größe der Figuren entspricht dem Verhältnis der Betreuungsquoten.



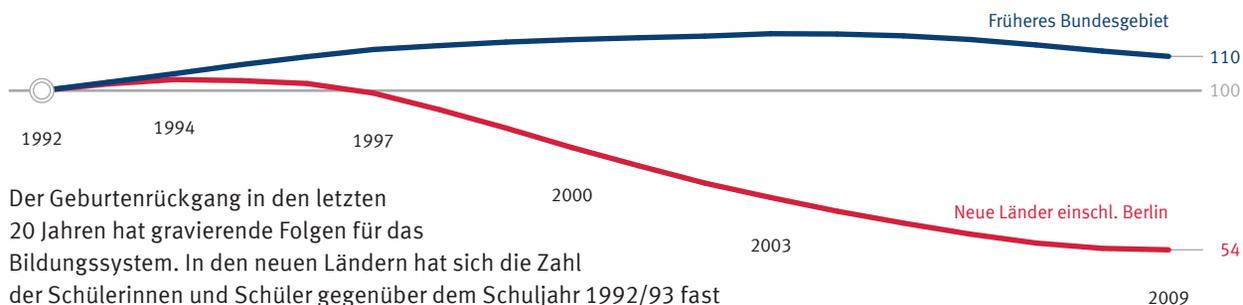
Bildung

Zurück in die Zukunft – Schülerzahlen

26

Schülerzahlen

Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen, Index (1992=100)



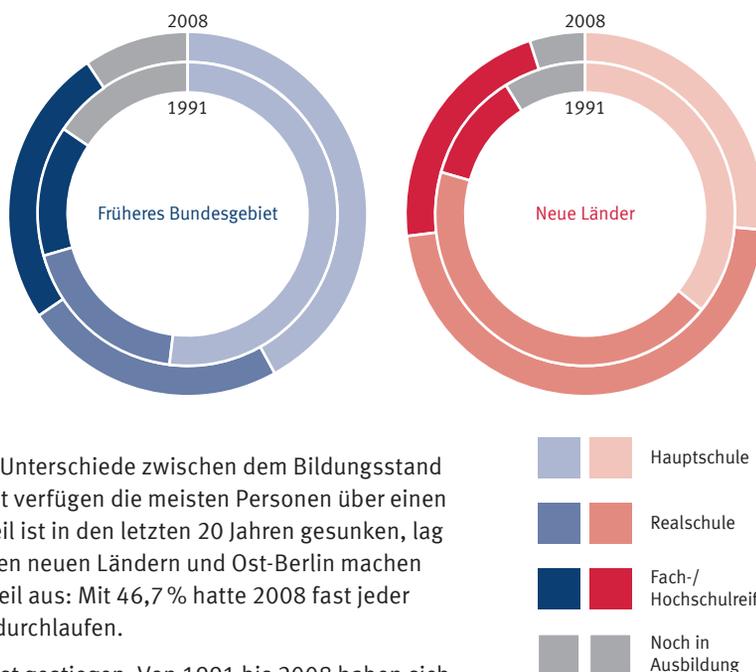
Der Geburtenrückgang in den letzten 20 Jahren hat gravierende Folgen für das Bildungssystem. In den neuen Ländern hat sich die Zahl der Schülerinnen und Schüler gegenüber dem Schuljahr 1992/93 fast halbiert (-45,9%).

Im früheren Bundesgebiet gab es 2009 zwar noch rund 10% mehr Schülerinnen und Schüler als 1992, seit 2003 deutet sich aber auch hier eine Abwärtsbewegung an.

An den Schülerzahlen zeigt sich beispielhaft, wie der demografische Wandel die Gesellschaft nachhaltig verändern wird.

Höher, schlauer, weiter – Bildungsabschlüsse

Bildungsstand der Bevölkerung mit allgemeinem Schulabschluss



In den letzten 20 Jahren stieg der Bildungsstand in Ost und West deutlich an. Zwar haben nach wie vor die meisten Menschen in Deutschland Volks- oder Hauptschulabschlüsse, mittlere und hohe Bildungsabschlüsse sind jedoch auf dem Vormarsch.

Genauer betrachtet, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen dem Bildungsstand in Ost und West. Im früheren Bundesgebiet verfügen die meisten Personen über einen Volks- oder Hauptschulabschluss. Ihr Anteil ist in den letzten 20 Jahren gesunken, lag aber 2008 noch immer bei rund 42%. In den neuen Ländern und Ost-Berlin machen mittlere Schulabschlüsse den größten Anteil aus: Mit 46,7% hatte 2008 fast jeder Zweite eine zehnjährige Schulausbildung durchlaufen.

Vor allem das Bildungsniveau von Frauen ist gestiegen: Von 1991 bis 2008 haben sich die Anteile von Frauen mit (Fach-)Abitur in beiden Landesteilen mehr als verdoppelt. Deutliche Zuwächse zeigten sich hier auch für die Männer: +76% gegenüber 1991.

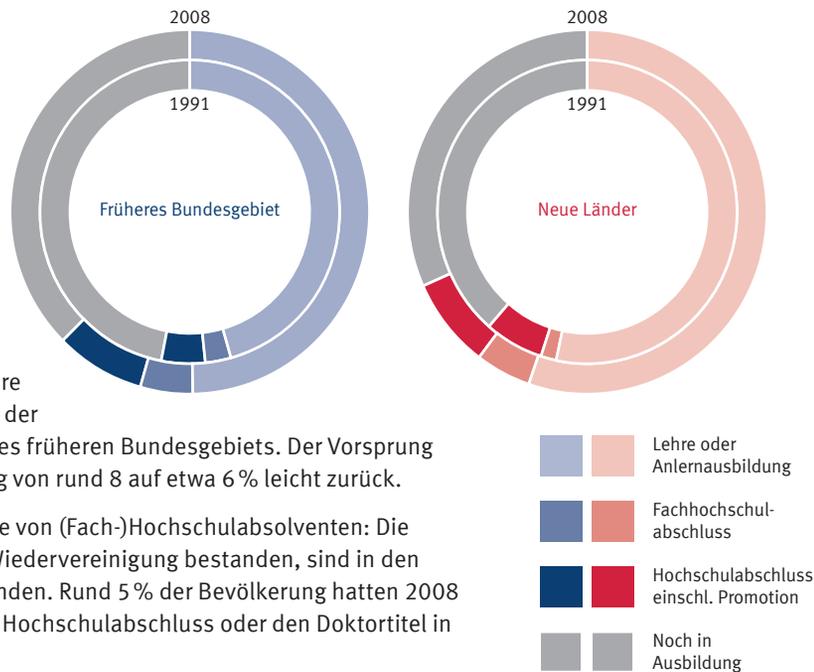
Allgemeinbildende Schulabschlüsse

der Bevölkerung ab 15 Jahren

		Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
		Hauptschule	Realschule	Fach-/Hochschulreife	Hauptschule	Realschule	Fach-/Hochschulreife
1991	in %	52,0	18,7	13,9	36,0	43,5	11,8
2008	in %	42,1	23,5	25,0	26,6	46,7	21,8
Differenz	in %-Punkten	-9,9	+4,9	+11,2	-9,4	+3,2	+10,0

Eine Lehre fürs Leben – Berufliche Bildung

Bildungsstand der Bevölkerung mit beruflichem Bildungsabschluss



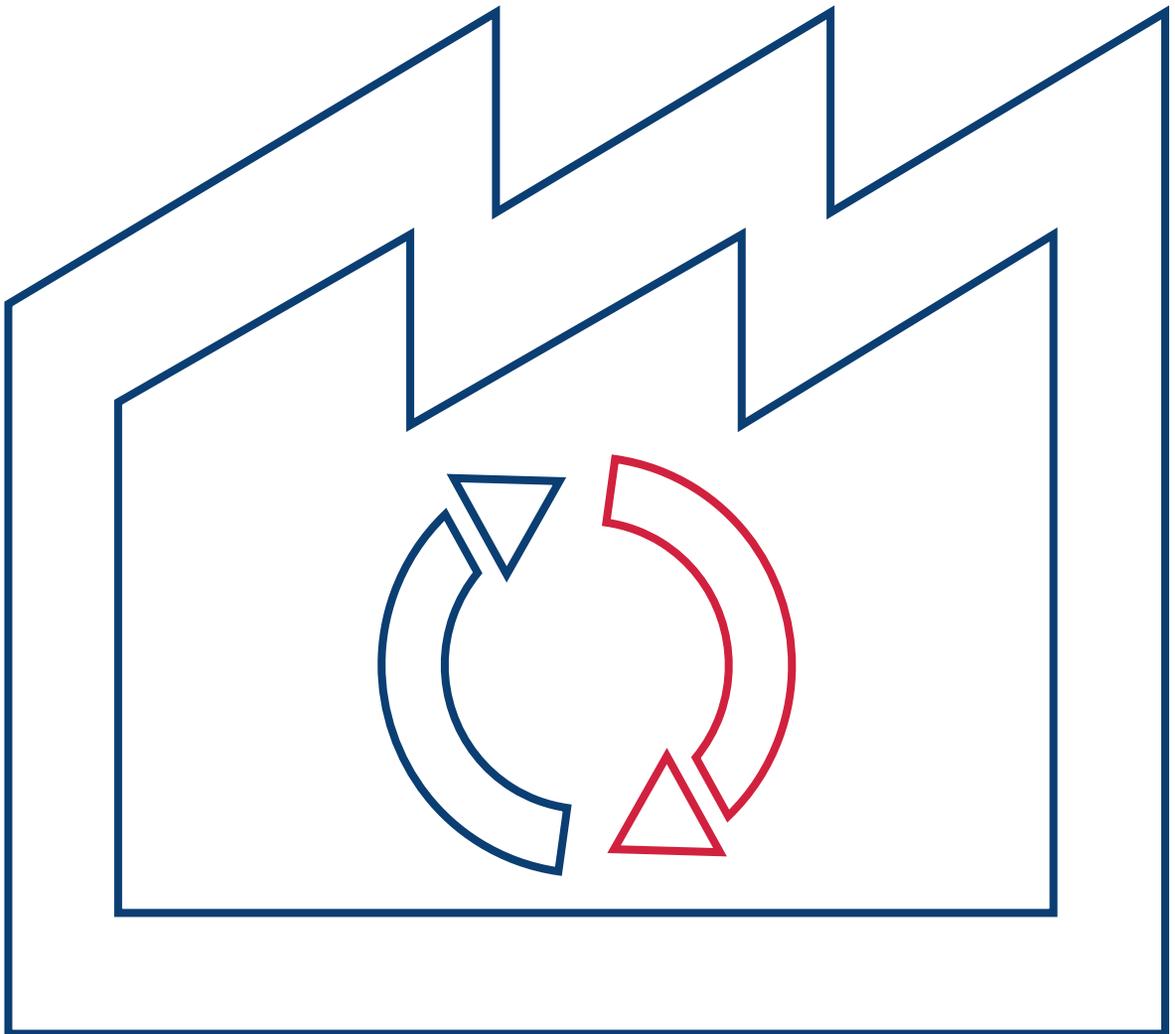
Die Lehr- oder Anlerausbildung ist für die meisten Menschen in Ost und West der Weg, sich auf das Berufsleben vorzubereiten. Mehr als die Hälfte (50,8%) der Bevölkerung ab 15 Jahren konnte 2008 eine abgeschlossene Lehre vorweisen. In den neuen Ländern liegt der Anteil nach wie vor über dem Niveau des früheren Bundesgebiets. Der Vorsprung ging jedoch seit der Wiedervereinigung von rund 8 auf etwa 6% leicht zurück.

Einheit herrscht hinsichtlich der Anteile von (Fach-)Hochschulabsolventen: Die Unterschiede, die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung bestanden, sind in den vergangenen Jahren nahezu verschwunden. Rund 5% der Bevölkerung hatten 2008 einen Fachhochschulabschluss; einen Hochschulabschluss oder den Dokortitel in Ost wie West etwa 8%.

Berufliche Schulabschlüsse

der Bevölkerung ab 15 Jahren

		Früheres Bundesgebiet			Neue Länder		
		Lehre oder Anlerausbildung	Fachhochschulabschluss	Hochschulabschluss einschl. Promotion	Lehre oder Anlerausbildung	Fachhochschulabschluss	Hochschulabschluss einschl. Promotion
1991	in %	45,8	2,7	4,7	53,5	1,5	6,6
2008	in %	49,7	4,9	8,1	55,5	5,0	7,8
Differenz	in %-Punkten	+ 3,9	+ 2,2	+ 3,4	+ 2,0	+ 3,5	+ 1,2



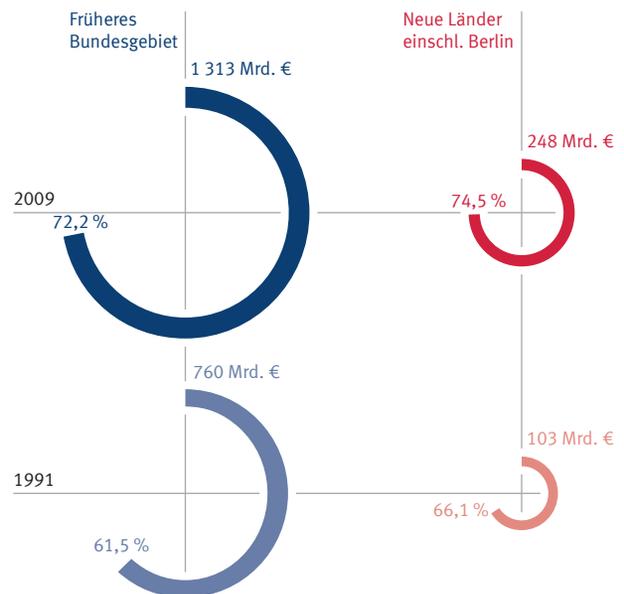
Wirtschaft

Wirtschaft im Wandel – Dienstleister im Plus

Die nach der Wiedervereinigung zu beobachtenden wirtschaftsstrukturellen Unterschiede zwischen Ost und West gleichen sich mehr und mehr an. In beiden Regionen ist der Dienstleistungsbereich der mit Abstand größte Wirtschaftszweig. In Deutschland hatte der Dienstleistungsbereich 2009 einen Anteil von mehr als 72 % an der gesamten Wirtschaftsleistung.

Besonders stark zulegen konnte dabei der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“: Im früheren Bundesgebiet erzielte dieses Dienstleistungssegment 2009 allein rund 32 % der Wirtschaftsleistung, in den neuen Ländern einschließlich Berlin gut 28 %.

Wertschöpfung im Dienstleistungsbereich



Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

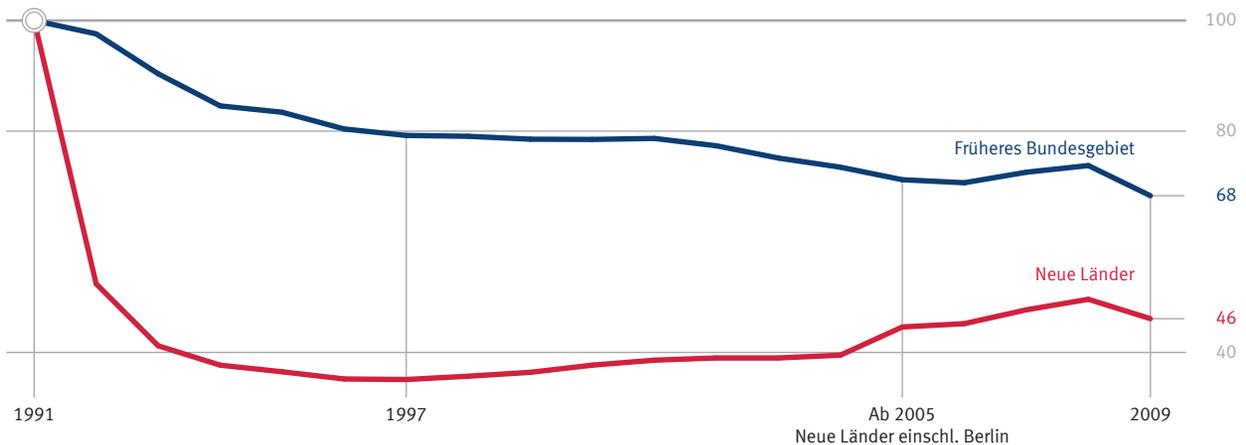
	Früheres Bundesgebiet				Neue Länder einschl. Berlin			
	1991		2009		1991		2009	
	in Mrd. €	in %	in Mrd. €	in %	in Mrd. €	in %	in Mrd. €	in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	15,8	1,3	14,4	0,8	3,4	2,2	3,6	1,1
Produzierendes Gewerbe	460,5	37,2	490,9	27,0	49,5	31,8	81,1	24,4
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	392,8	31,8	411,7	22,6	33,7	21,6	62,1	18,7
Verarbeitendes Gewerbe	358,7	29,0	368,0	20,2	24,7	15,9	50,3	15,1
Baugewerbe	67,7	5,5	79,2	4,4	15,8	10,2	19,0	5,7
Dienstleistungsbereiche	760,5	61,5	1 312,6	72,2	103,0	66,1	248,1	74,5
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	221,5	17,9	323,6	17,8	27,9	17,9	54,6	16,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	297,6	24,1	572,9	31,5	26,9	17,3	93,6	28,1
Öffentliche und private Dienstleister	241,4	19,5	416,1	22,9	48,2	30,9	99,9	30,0
Bruttowertschöpfung insgesamt	1 236,8	100	1 817,9	100	155,9	100	332,8	100

Ergebnisse des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Der Strukturwandel der Wirtschaft lässt sich an der Entwicklung der Bruttowertschöpfung (BWS) ablesen. Sie umfasst grundsätzlich alle für Geld hergestellten Waren und erbrachten Dienstleistungen. Dadurch beschreibt sie den Beitrag der einzelnen Wirtschaftsbereiche zur gesamten Wirtschaftsleistung einer Region.

Dramatischer Einbruch – Verarbeitendes Gewerbe

Im Verarbeitenden Gewerbe tätige Personen
Index (1991=100)



Das Verarbeitende Gewerbe war der wichtigste Wirtschaftszweig der DDR. Die Umgestaltung der Märkte und der Wegfall staatlicher Großbetriebe im Zuge der Einheit führten im Osten zu einem dramatischen Abbau an Arbeitsplätzen in diesem Bereich. So sank die Zahl der tätigen Personen von 1991 bis 1997 um mehr als eine Million (– 66%). Erst in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre gelang die Trendwende. Seitdem weist das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Ländern eine positive Entwicklung auf und nähert sich langsam den Trends im Westen an.

Die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im früheren Bundesgebiet wurde durch die Einheit bei weitem nicht so stark beeinflusst. Vielmehr setzte sich der langfristige Trend eines kontinuierlichen Stellenabbaus im Verarbeitenden Gewerbe fort.

Der Rückgang der Beschäftigtenzahlen von 2008 zu 2009 ist ein Ergebnis der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Konjunktur im Verarbeitenden Gewerbe ist aufgrund der Exportorientierung stark durch Entwicklungen auf internationalen Märkten geprägt.

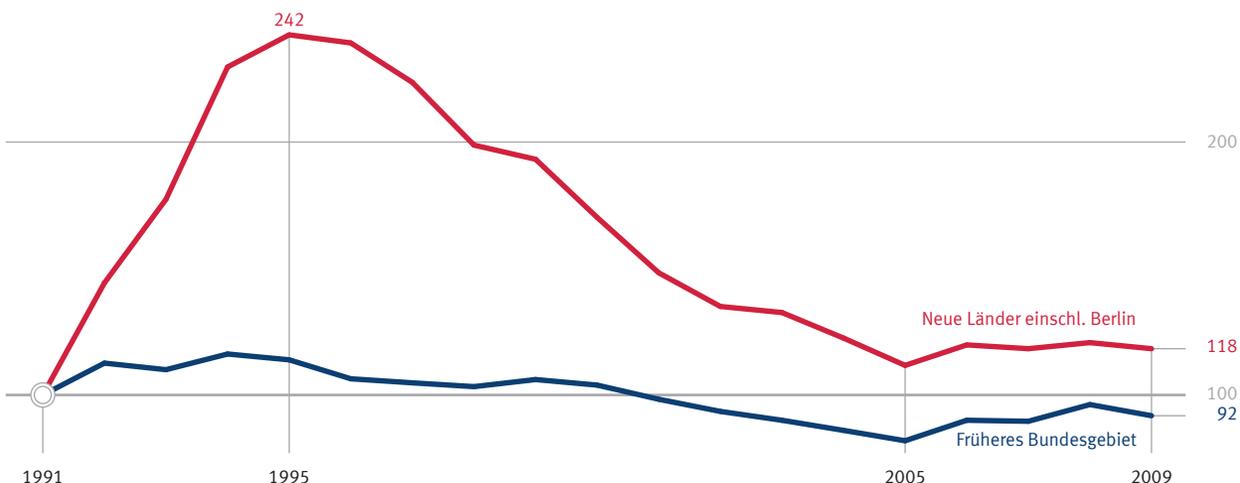
Die durchschnittliche Größe der Betriebe in den neuen Ländern lag 2009 mit 86 tätigen Personen deutlich unter dem Wert von 1991 (245 tätige Personen) und auch deutlich unter dem Wert der alten Länder, wo 2009 je Betrieb 138 tätige Personen gezählt wurden.

Alle Angaben in Text und Grafik beziehen sich auf Betriebe im Verarbeitenden Gewerbe mit mindestens 20 tätigen Personen.

Neubau, Anbau, Umbau Ost – Baugewerbe

Umsatz im Bauhauptgewerbe

Index (1991=100)



Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe

nach Sitz der Betriebe, in Mrd. €

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin
1991	69,6	15,5
1992	78,4	22,4
1993	76,5	27,5
1994	80,9	35,6
1995	79,3	37,5
1996	74,1	37,1
1997	72,9	34,6
1998	71,9	30,8
1999	73,9	29,9
2000	72,3	26,4
2001	68,4	23,0
2002	65,1	20,9
2003	62,6	20,5
2004	59,9	19,0
2005	57,0	17,3
2006	62,6	18,6
2007	62,4	18,3
2008	66,9	18,7
2009	63,9	18,3

Die Anstrengungen des „Aufbaus Ost“ lassen sich unmittelbar an den Umsätzen der Baubranche ablesen. Die Betriebe des Bauhauptgewerbes konnten ihre Umsätze von 1991 bis 1995 auf rund 117 Milliarden Euro steigern und damit innerhalb von nur vier Jahren einen Zuwachs von rund 37% verbuchen. Vor allem im Osten gab es einen gewaltigen Bauschub: Hier hatten sich die Umsätze weit mehr als verdoppelt (+ 142%).

Nach dem Boomjahr 1995 gingen die Umsätze der Branche jedoch stetig zurück und lagen in den letzten Jahren in den neuen Ländern und Berlin etwa 20% über dem Niveau von 1991, im früheren Bundesgebiet mit Schwankungen etwa 10% darunter.

Die Grafik zeigt die baugewerblichen Umsätze der Betriebe des Bauhauptgewerbes in Ost und West.

Zum Bauhauptgewerbe gehören vor allem der Hoch- und Tiefbau, aber auch die Dachdecker, Zimmerer, Gerüstbauer und weitere Baubereiche.

Neue Wände seit der Wende – Wohnungsbau

Fünf Millionen Einundneunzigtausend Achthundert

neue Wohnungen
im früheren Bundesgebiet

**Eine Million
Fünfundsechzigtausend
Einhundert**
neue Wohnungen
in den neuen Ländern und Berlin

35

Statistisches Bundesamt, 20 Jahre Deutsche Einheit 2010

Anzahl der Wohnungen in
neu fertiggestellten Wohngebäuden

	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin
1991*	265 400	14 900
1992*	316 100	14 300
1993	368 300	25 800
1994	437 900	63 800
1995	427 500	97 100
1996	353 900	131 400
1997	337 900	163 200
1998	321 500	110 700
1999	321 100	85 400
2000	296 800	71 800
2001	235 500	50 400
2002	211 700	42 000
2003	199 700	36 400
2004	212 100	35 700
2005	183 100	30 700
2006	191 600	29 100
2007	162 400	23 000
2008	131 400	20 800
2009	117 800	18 700
Insgesamt	5 091 800	1 065 100

* Keine Angaben für Berlin-Ost.

Von 1991 bis 2009 wurden in Deutschland insgesamt mehr als sechs Millionen neue Wohnungen fertiggestellt – gut ein Fünftel davon in den neuen Ländern und Berlin. Das entspricht, gemessen an der derzeitigen Bevölkerung, 65 Neubauwohnungen je 1 000 Einwohner im Osten und sogar 78 im Westen.

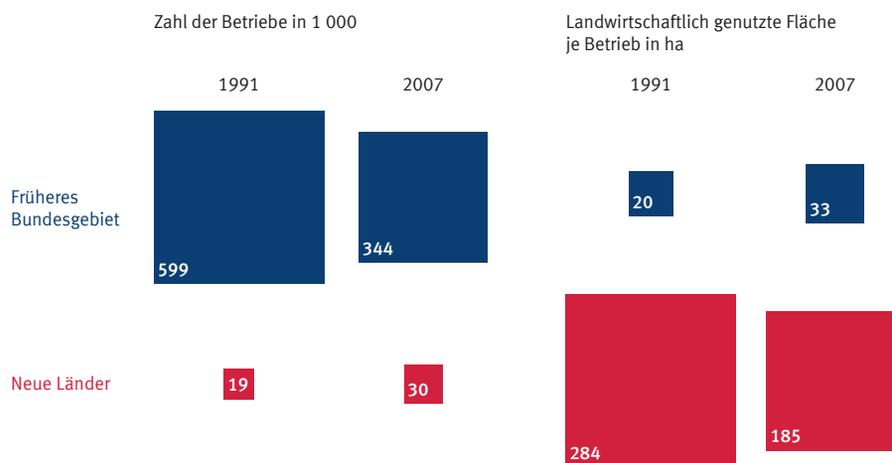
Den Höchststand erreichte der Wohnungsbau im Osten 1997: In diesem Jahr wurden elfmal so viele Wohnungen übergeben wie 1991. In der Folge zeigte sich allerdings auch hier ein Rückgang in der Zahl der neu gebauten Wohnungen analog zum Trend im früheren Bundesgebiet.

Die Abbildung verdeutlicht die Zahl der Wohnungen in neu fertiggestellten Wohngebäuden im Zeitraum 1991 und 2008: Je größer die Schrift, umso größer die Zahl.

Die Zahl fertiggestellter Wohnungen beleuchtet nur einen Teil des „Aufbaus Ost“. Parallel zum Neubau von Wohnraum fanden in großem Umfang Modernisierungsmaßnahmen bestehender Gebäude statt, die zur Aufwertung des Wohnraums beitragen.

Boden ist geduldig – Landwirtschaft

Struktur landwirtschaftlicher Betriebe



Zwischen Ost und West zeigen sich deutliche Unterschiede in der Landwirtschaft, vor allem was die Größe der bestellten Fläche pro Betrieb anbelangt: Auf einen Betrieb im Osten entfielen 2007 im Durchschnitt 185 Hektar Nutzfläche. Im Westen waren es lediglich 33 Hektar. In der DDR wurde die Landwirtschaft staatlich gesteuert und in Großbetrieben wie landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften oder volkseigenen Gütern betrieben.

Seit 1991 zeigen sich Annäherungstendenzen zwischen Ost und West: Die Zahl der Betriebe in den neuen Ländern hat sich um rund 62% erhöht, die genutzte Fläche je Betrieb deutlich verringert (-34%). Gleichzeitig nahm die Zahl der Betriebe im früheren Bundesgebiet ab (-42%), was hier zu einem Zuwachs der Nutzfläche pro Betrieb führte (+69%).

Die größten Betriebe finden sich in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt: Mit rund 250 Hektar Fläche war der Durchschnitt je Betrieb in Mecklenburg-Vorpommern 2007 etwa zehnmal so hoch wie in Baden Württemberg.

Ein weiterer Unterschied zwischen Ost und West zeigt sich darin, was auf den Feldern und Wiesen steht: Während der Ackerbau in den neuen Ländern vorherrscht, konzentriert sich die Viehhaltung vor allem auf die alten Länder. 2009 wurden dort 82% der Rinder, 85% der Schweine und 72% der Schafe gehalten.

Die Grafik stellt die Strukturen in der Landwirtschaft in Ost und West im Zeitvergleich dar. Je größer ein Quadrat, desto höher die Anzahl der Betriebe bzw. die landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb.

Das is(s)t Bio-Land – Ökologischer Landbau

Der ökologische Landbau ist besonders auf den Schutz von Natur und Umwelt ausgelegt. 2007 gab es in Deutschland 14 500 ökologisch wirtschaftende Betriebe, was einem Anteil von 3,9% an allen landwirtschaftlichen Betrieben entspricht. Gegenüber 1999 hat sich dieser Anteil mehr als verdoppelt. Die Nachfrage nach ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln aus der Region macht es für immer mehr Bauern interessant, ökologisch zu wirtschaften.

Spitzenreiter in Sachen ökologischer Landbau ist mit Abstand Mecklenburg-Vorpommern: Mehr als ein Achtel (12,8%) der landwirtschaftlichen Betriebe arbeiten hier nach ökologischen Standards. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Brandenburg (9,1%) und Hessen (6,3%).

Ökologisch wirtschaftende Betriebe 2007

	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Ökologisch wirtschaftende Betriebe	
		insgesamt	in %
Mecklenburg-Vorpommern	5 400	690	12,8
Brandenburg	6 700	610	9,1
Hessen	22 400	1 420	6,3
Saarland	1 700	100	5,9
Sachsen-Anhalt	4 800	270	5,5
Baden-Württemberg	57 000	2 900	5,1
Thüringen	4 800	200	4,1
Bayern	121 700	4 570	3,8
Sachsen	8 300	300	3,6
Nordrhein-Westfalen	47 500	1 260	2,6
Niedersachsen	49 900	1 150	2,3
Schleswig-Holstein	17 500	400	2,3
Rheinland-Pfalz	25 500	580	2,3
Stadtstaaten	1 300	40	3,0
Deutschland	374 500	14 470	3,9

Mecklenburg-Vorpommern Brandenburg

Hessen

Saarland

Sachsen-Anhalt

Baden-Württemberg

Thüringen

Bayern

Sachsen

Stadtstaaten

Nordrhein-Westfalen

Niedersachsen

Schleswig-Holstein

Rheinland-Pfalz

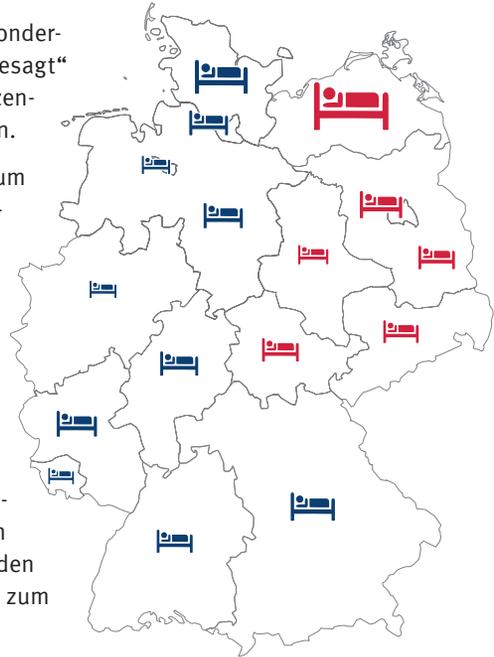
Die Abbildung verdeutlicht den Stellenwert des ökologischen Landbaus 2007.

Je größer das Wort, umso höher der Anteil ökologisch wirtschaftender Betriebe an allen landwirtschaftlichen Betrieben des jeweiligen Bundeslandes.

Ferien an der See – Tourismus

Menschen zieht es in ihrem Urlaub in Regionen, die landschaftliche Besonderheiten aufweisen, über reiche Kulturschätze verfügen oder einfach „angesagt“ sind. Geschäftsreisende suchen dagegen in erster Linie die Wirtschaftszentren auf, um Kongresse zu besuchen oder um Kundenkontakte zu pflegen.

Für die Westdeutschen war bis vor 20 Jahren der Osten Deutschlands kaum zugänglich. Nach dem Fall der Mauer setzte rasch eine intensive Reisetätigkeit ein. Der Osten der Republik wurde in den folgenden Jahren vor allem für Urlauber aus dem eigenen Land immer beliebter. Die Zunahme der Übernachtungszahlen seit dem Jahr 1992 – dem ersten Jahr der bundesweit einheitlichen Beherbergungsstatistik – zeigt dies eindrucksvoll: So weisen alle östlichen Bundesländer in den letzten 20 Jahren deutliche Zuwächse bei den Übernachtungszahlen auf. Mecklenburg-Vorpommern mit seiner Ostseeküste und Seenlandschaft, die ideale Bedingungen für Freizeittouristen bieten, sticht hier mit einem Plus von über 200 % hervor. Die Hälfte der westlichen Bundesländer musste im gleichen Zeitraum Rückgänge bei den Übernachtungen hinnehmen. Allerdings ist dabei zu bedenken, dass die Steigerungen in den östlichen Bundesländern von einem Niveau ausgingen, das im Vergleich zum Westen Deutschlands sehr viel niedriger war.



Gästeübernachtungen 2009

	Übernachtungen		Veränderung gegenüber 1992 in %
	in 1 000	je Einwohner	
Mecklenburg-Vorpommern	28 400	17,1	+ 202
Schleswig-Holstein	24 300	8,6	- 5
Bayern	75 200	6,0	- 8
Berlin	18 900	5,5	+ 140
Rheinland-Pfalz	20 100	5,0	- 1
Niedersachsen	37 600	4,7	+ 3
Hamburg	8 200	4,6	+ 99
Hessen	26 900	4,4	- 7
Thüringen	9 400	4,2	+ 65
Brandenburg	10 300	4,1	+ 121
Baden-Württemberg	42 400	3,9	- 2
Sachsen	16 300	3,9	+ 125
Sachsen-Anhalt	6 700	2,8	+ 107
Bremen	1 600	2,5	+ 53
Nordrhein-Westfalen	40 200	2,2	+ 8
Saarland	2 100	2,1	+ 7
Insgesamt	368 700	4,5	+ 16

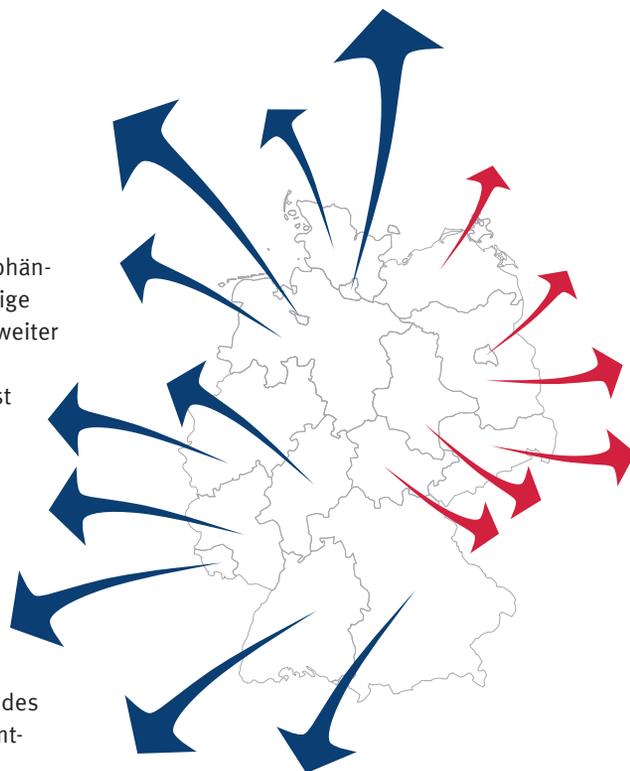
Bezogen auf die Einwohnerzahl am 31. Dezember 2008.

Die Grafik verdeutlicht die Anzahl der Gästeübernachtungen im Verhältnis zur Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes 2009. Gezählt werden dabei alle Übernachtungen in Hotels, Jugendherbergen, auf Campingplätzen und in ähnlichen Einrichtungen.

Made in Germany – Außenhandel

Die deutsche Wirtschaft ist in hohem Maße vom Export abhängig. Er ist traditionell Motor der Konjunktur und eine wichtige Stütze der Beschäftigung. Im Jahr 2009 wurden trotz weltweiter Wirtschaftskrise Waren im Wert von 800 Milliarden Euro ausgeführt. Ein Jahr zuvor hatte der Ausfuhrwert sogar fast eine Billion Euro erreicht. Allerdings ist die Herkunft der Ausfuhrüter regional höchst unterschiedlich verteilt.

Auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung zeigen sich noch deutliche Ost-West-Unterschiede. Die Pro-Kopf-Ausfuhren nach Bundesländern zeigen das Gefälle zwischen den beiden Landesteilen: Sie lagen in den neuen Ländern deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Ausfuhren der ostdeutschen Bundesländer sind zwar seit 1991 wesentlich stärker gewachsen als die des Westens (+ 306 % gegenüber + 111 %), ihr Anteil am Gesamtwert liegt heute jedoch nur bei 8 % (1991: knapp 5 %).



Pro-Kopf-Ausfuhr von Waren 2009

	Wert der Waren in €
Hamburg	17 568
Bremen	16 311
Baden-Württemberg	11 628
Saarland	10 910
Bayern	9 915
Rheinland-Pfalz	8 693
Deutschland Insgesamt	8 012
Nordrhein-Westfalen	7 748
Niedersachsen	7 165
Hessen	7 109
Schleswig-Holstein	5 286
Sachsen	4 684
Sachsen-Anhalt	4 352
Brandenburg	4 251
Thüringen	3 985
Mecklenburg-Vorpommern	3 068
Berlin	3 052

Signifikante Unterschiede gibt es auch in der Warenstruktur der Exporte: In den neuen Ländern ist der Anteil von Gütern der Ernährungswirtschaft höher als in den alten Bundesländern, der Anteil gewerblicher Produkte dagegen niedriger, wengleich die Unterschiede gegenüber 1991 abgenommen haben.

Die Grafik verdeutlicht den Wert von exportierten Waren bezogen auf die Einwohnerzahl des jeweiligen Bundeslandes 2009. Je größer der Pfeil, desto höher der Wert der exportierten Waren.

Hamburg und Bremen samt Bremerhaven sind wichtige Zwischenstationen im internationalen Seeverkehr. Daher führen sie die Rangliste mit deutlichem Abstand an.

Licht und Schatten – Gründungen und Insolvenzen

Wirtschaftliche Trends verhelfen manchen Ideen zu großem Erfolg, andere können sich nicht am Markt behaupten. So wurden bei den Gewerbeämtern 2009 knapp 670 000 Neugründungen von Unternehmen und Nebenerwerbsbetrieben in Deutschland angezeigt, während rund 33 000 Insolvenzen angemeldet. Die meiste Bewegung zeigte sich in Nordrhein-Westfalen und Bayern: Hier gab es sowohl die meisten Neugründungen wie auch Insolvenzen.

Gemessen an der Zahl bestehender Unternehmen zeigten sich im Osten mehr Firmenpleiten als im Westen: Auf 10 000 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen kamen 2009 in den neuen Ländern und Berlin 111 Insolvenzen, im früheren Bundesgebiet lediglich 101. Die Insolvenzhäufigkeit war in Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt am höchsten.

Gründungen und Insolvenzen von Unternehmen 2009

	Neugründungen Anzahl	Insolvenzen Anzahl	je 10 000 bestehende Unternehmen
Nordrhein-Westfalen	143 900	10 900	163
Bayern	116 200	3 940	69
Baden-Württemberg	80 600	2 850	65
Hessen	60 600	1 950	78
Niedersachsen	56 700	2 620	97
Berlin	36 900	1 500	113
Rheinland-Pfalz	33 200	1 380	88
Sachsen	28 900	1 940	131
Schleswig-Holstein	24 800	1 200	111
Hamburg	18 700	840	95
Brandenburg	17 100	750	85
Thüringen	13 800	630	81
Sachsen-Anhalt	12 700	1 010	147
Mecklenburg-Vorpommern	10 200	490	89
Saarland	7 300	440	122
Bremen	5 500	250	111
Deutschland	667 100	32 690	103
Früheres Bundesgebiet	547 500	26 380	101
Neue Länder einschl. Berlin	119 600	6 310	111



Früheres
Bundesgebiet



Neue Länder
einschl. Berlin



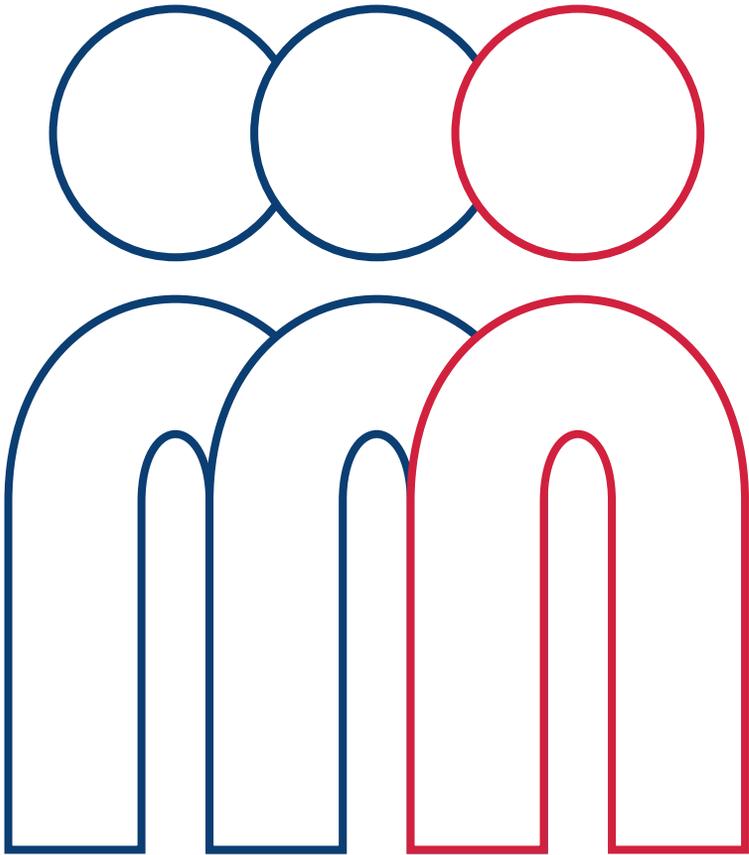
Insolvenz



Insolvenz

Die Abbildung verdeutlicht die Zahl der Neugründungen und Insolvenzen von Unternehmen 2009.

Je größer das Symbol, umso größer der absolute Wert der Insolvenzen und Neugründungen. Nur die Vergleiche zwischen Ost und West sind maßstabsgetreu.

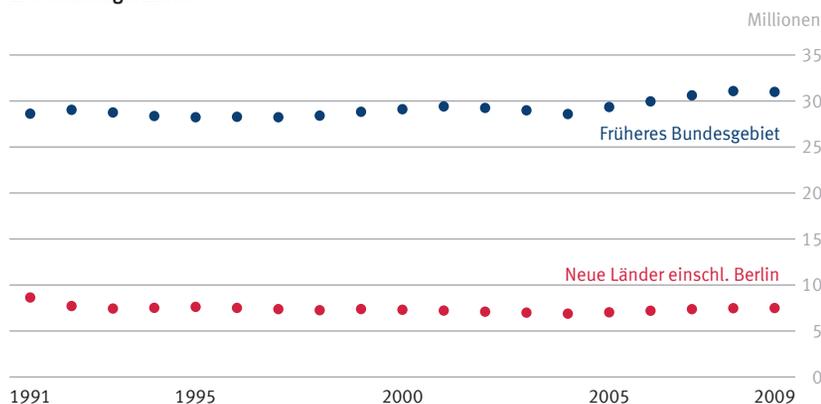


Arbeitsmarkt



Arbeit ist das halbe Leben – Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigenzahlen



Die Hälfte der Einwohner Deutschlands ist erwerbstätig. Im Jahr 2009 gab es 40,2 Millionen Erwerbstätige, das sind rund 1,5 Millionen mehr arbeitende Menschen als 1991. Dieser Zuwachs geschah jedoch nicht gleichförmig. Vielmehr zeigen sich gegenläufige Entwicklungen in Ost und West: Im früheren Bundesgebiet stagnierte die Zahl der Erwerbstätigen im Verlauf der 1990er-Jahre, stieg dann aber ab 2004 deutlich an. Im Vergleich zu 1991 nahm die Erwerbstätigenzahl hier um 8,2% zu.

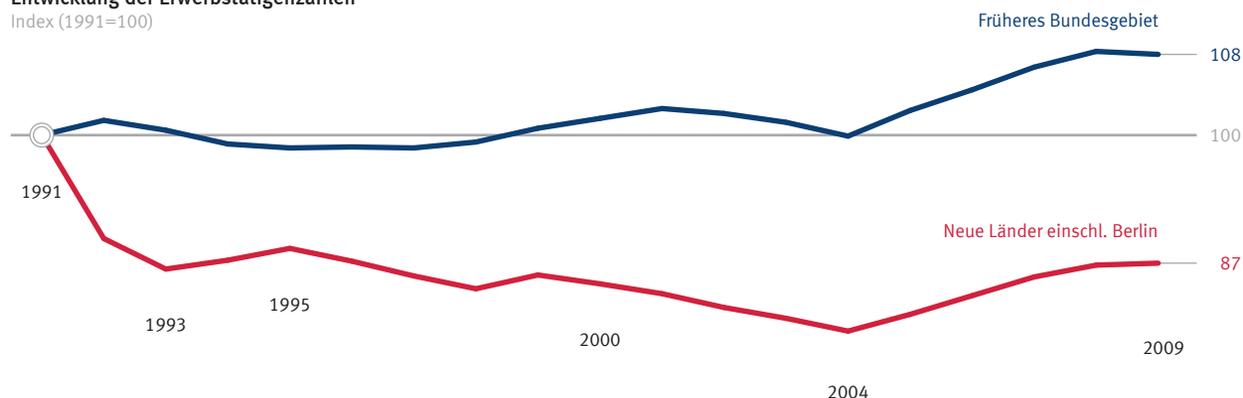
Die Erwerbstätigenzahl in den neuen Ländern und Berlin ging hingegen von 1991 bis 2004 stark zurück, bevor sie sich etwas erholte. 2009 lag sie aber immer noch um 13% niedriger als 1991.

Die vorgestellten Gesamtzahlen sind Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Diese liefert die genauesten verfügbaren Resultate auf Bundesebene.

Der Vergleich der Entwicklungen entstammt dem Mikrozensus, der die geeignete Quelle für Strukturaussagen unterhalb der Gesamtebene darstellt.

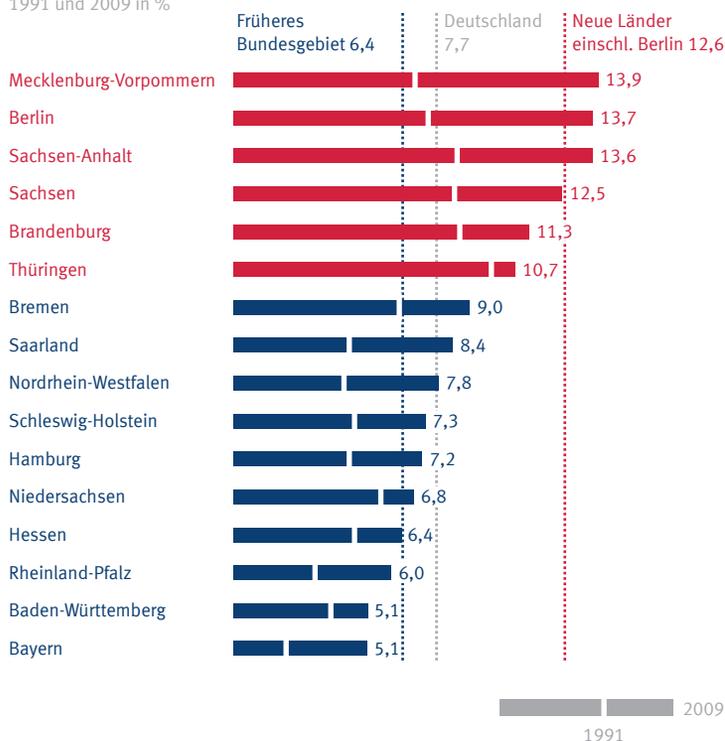
Entwicklung der Erwerbstätigenzahlen

Index (1991=100)



Ein gesamtdeutsches Problem – Erwerbslosigkeit

Erwerbslosenquoten
1991 und 2009 in %



Viele Menschen in Ost und West sind von dem Problem betroffen, keine Arbeit zu finden. Den Höchststand erreichte die Zahl der Erwerbslosen im Jahr 2004, als insgesamt 4,9 Millionen Menschen keine Arbeit hatten. Im ersten Jahr nach der Wiedervereinigung waren 2,6 Millionen Personen in Deutschland erwerbslos, 2009 waren es immer noch 3,2 Millionen.

Die neue politische und wirtschaftliche Situation nach der Einheit brachte viel Bewegung in den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt und sorgte für einen generellen Anstieg der Erwerbslosigkeit. Besonders stark zeigten sich die Folgen der Wende in den neuen Ländern: Der Anteil erwerbsloser Personen lag im Osten seit der Vereinigung immer erheblich über dem im Westen. Als Anteil an allen Erwerbspersonen betrug die Erwerbslosenquote 2009 im früheren Bundesgebiet 6,4 %, in den neuen Ländern und Berlin 12,6 %. Der Bundesdurchschnitt lag bei 7,7 %.

Mit 13,9 % war die Erwerbslosenquote 2009 in Mecklenburg-Vorpommern am höchsten, gefolgt von Berlin und den anderen vier ostdeutschen Ländern, die allesamt zweistellige Quoten aufwiesen. Letzteres ist in keinem der westdeutschen Länder der Fall. Am niedrigsten waren die Erwerbslosenquoten in den beiden süddeutschen Flächenländern Bayern und Baden-Württemberg mit je 5,1 %.

Als erwerbslos zählen alle Personen, die nicht erwerbstätig sind, aktiv nach einer Erwerbstätigkeit suchen und bei Erfolg der Suche eine Tätigkeit kurzfristig aufnehmen könnten.

Durch ihre Unabhängigkeit von Änderungen des Sozialrechts ist die Erwerbslosenzahl für zeitliche Vergleiche besser geeignet als die Zahl der registrierten Arbeitslosen.

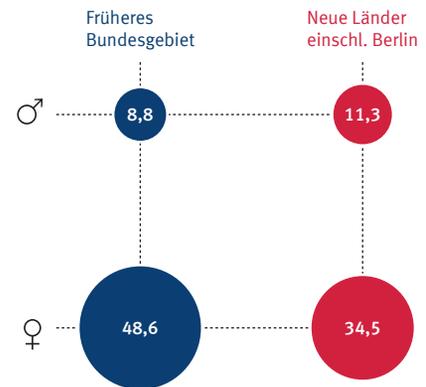
Nur ein Teil vom Kuchen – Teilzeitarbeit

Es erscheint paradox: Die Zahl der Erwerbstätigen steigt, gleichzeitig steigt aber auch die Zahl der Erwerbslosen. Die Antwort liegt darin, dass die Bevölkerung seit 1991 um rund zwei Millionen Menschen zugenommen hat, mehr Menschen arbeiten wollen und die Arbeit anders verteilt ist.

In ganz Deutschland gibt es immer mehr Teilzeitbeschäftigte. Dadurch sind heute mehr Personen erwerbstätig, wenn auch in geringerem Umfang. Im Vergleich zu 1991 hat sich der Anteil der Teilzeiterwerbstätigen nahezu verdoppelt (+92 %).

Arbeit in Teilzeit ist besonders bei Frauen weit verbreitet. Rund 46 % der erwerbstätigen Frauen in Deutschland gaben 2009 an, Teilzeit zu arbeiten. Gründe hierfür sind die Notwendigkeit, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren, die traditionelle Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen, aber auch der Mangel an geeigneten Vollzeitstellen. Dieser Mangel dürfte auch für viele Männer im Osten Grund dafür sein, eine Beschäftigung mit geringerem Arbeitsumfang auszuüben. Seit 1991 hat sich der Anteil von Teilzeiterwerbstätigen in den neuen Ländern nahezu verzehnfacht.

Teilzeitquoten 2009



Die Frage nach Voll- oder Teilzeitbeschäftigung ist eine Selbsteinschätzung der Befragten und nicht nach einer bestimmten Stundenzahl abgegrenzt.

Teilzeitquoten der Erwerbstätigen in %

	Männer		Frauen		Insgesamt	
	1991	2009	1991	2009	1991	2009
Früheres Bundesgebiet	2,3	8,8	34,3	48,6	15,4	27,5
Neue Länder (2009 einschl. Berlin)	1,2	11,3	17,5	34,5	8,9	22,6
Deutschland	2,1	9,2	30,2	45,8	14,0	26,5

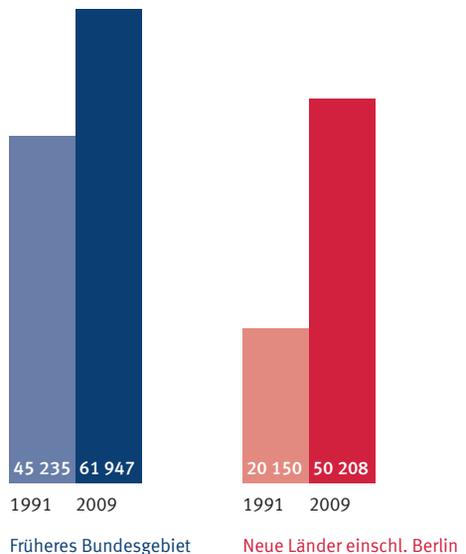
Aufholjagd am Arbeitsplatz – Arbeitsproduktivität

Die Arbeitsproduktivität im Osten lag zur Zeit der Einheit deutlich unter dem Niveau des Westens. Ausgehend von weniger als der Hälfte der „Westproduktivität“ erlebte der Osten bis 1994 einen Produktivitätsschub und erreichte 71 % des Westniveaus. In den Folgejahren verringerte sich der Abstand der neuen Länder und Berlin weiter und lag 2009 nur noch ein Fünftel unter der Arbeitsproduktivität des früheren Bundesgebiets.

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität wird gemessen am Verhältnis des Bruttoinlandsprodukts einer Region zur Zahl der Erwerbstätigen. Insgesamt erbrachten die Erwerbstätigen in den neuen Ländern und Berlin 2009 eine Wirtschaftsleistung von durchschnittlich 50 200 Euro pro Kopf, im früheren Bundesgebiet von rund 62 000 Euro.

Arbeitsproduktivität

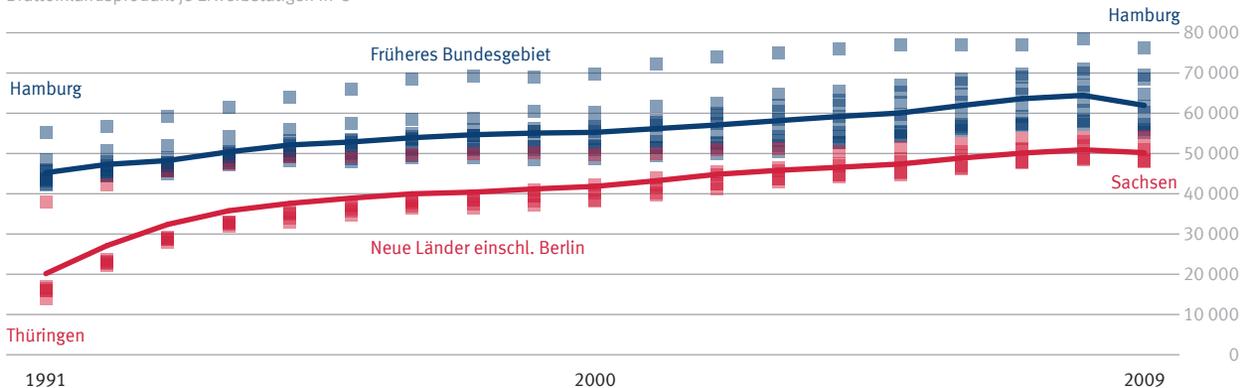
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in €



Die Grafik unten zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in den Bundesländern. Der Abstand zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern verringert sich deutlich.

Arbeitsproduktivität

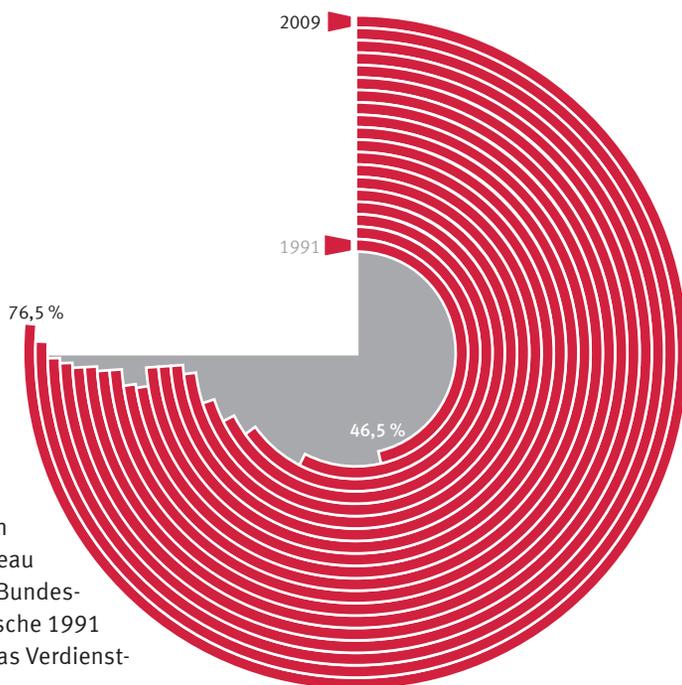
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in €



Ergebnisse des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Aufholen ohne einzuholen – Verdienste in Ost und West

Verdienstniveau in den neuen Ländern im Vergleich zum früheren Bundesgebiet
bezogen auf den Bruttomonatsverdienst von vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen
und Arbeitnehmern, früheres Bundesgebiet einschl. Berlin

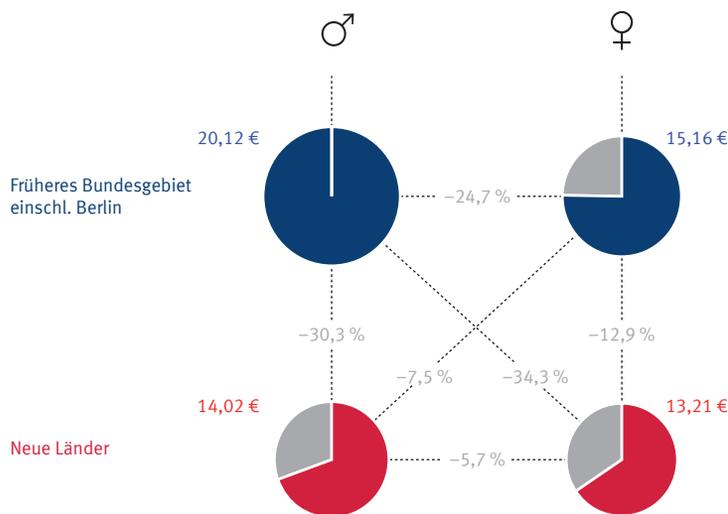


„Der Osten holt auf.“ Dies traf in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung auf das Verdienstniveau in den neuen Ländern im Vergleich zum früheren Bundesgebiet einschließlich Berlin zu. Während Ostdeutsche 1991 nur 46,5 % des Westniveaus verdienten, betrug das Verdienstniveau fünf Jahre später immerhin schon 73,2%.

Dieser Angleichungsprozess kam jedoch in den Folgejahren so gut wie zum Erliegen. 2009 lag das Verdienstniveau des Ostens bei 76,5 % des Westens – und das, obwohl heute kaum noch Tarifverträge eine unterschiedliche Bezahlung zwischen den Regionen vorsehen.

Einfach nicht das Gleiche – Verdienste von Männern und Frauen

Bruttostundenverdienste 2009



Der Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern ist im Osten deutlich geringer als im Westen. Während im Jahr 2009 Frauen im früheren Bundesgebiet einschl. Berlin pro Stunde 24,7 % weniger als westdeutsche Männer verdienten, lag der sogenannte Gender Pay Gap in den neuen Ländern bei lediglich 5,7 %.

Ein Grund für den geringeren Verdienstabstand im Osten liegt darin, dass Männer deutlich weniger als im Westen verdienen. So lag der Bruttostundenverdienst ostdeutscher Männer 2009 rund 6 Euro (- 30,3 %) unter dem der westdeutschen männlichen Arbeitnehmer. Bei den Frauen machte dieser Unterschied nur etwa 2 Euro aus (- 12,9 %).

In der Grafik sind die Bruttostundenverdienste von Männern und Frauen in Ost und West abgetragen. Die Größe der einzelnen Diagramme verdeutlicht die Höhe der Verdienste, die eingefärbten Kreissegmente den Anteil an den Verdiensten westdeutscher Männer.



Leben

Ungleich höher – Verfügbares Einkommen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Deutschland erreichte 2008 insgesamt rund 1 558 Milliarden Euro. Je Einwohner entsprach dies durchschnittlich rund 19 000 Euro. Allerdings bestehen deutliche regionale Unterschiede: So verfügte Hamburgs Bevölkerung 2008 mit durchschnittlich 23 455 Euro über ein gut 8 500 Euro höheres Pro-Kopf-Einkommen als Mecklenburg-Vorpommern. Verglichen mit 1991 hat sich die Einkommenslage in den neuen Ländern insgesamt zwar deutlich verbessert, merkbare Unterschiede bestehen aber nach wie vor.

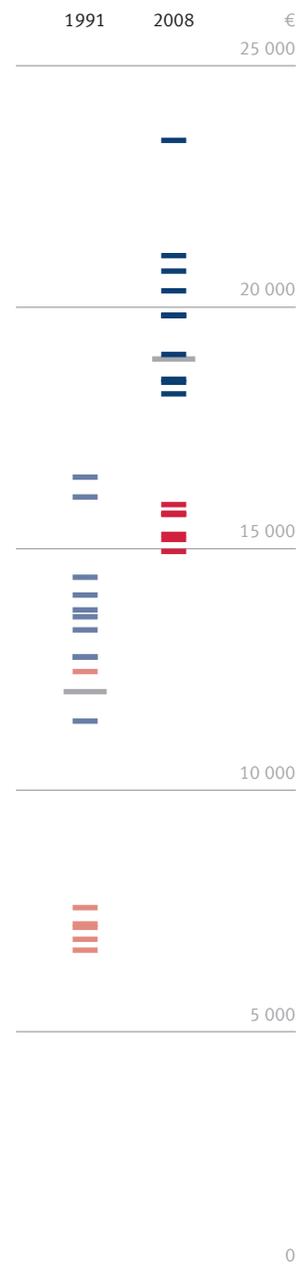
Ein deutliches Plus für den Osten stellen die öffentlichen Transferleistungen dar: Mit den Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen erreichen die Einwohner der neuen Länder und Berlin lediglich rund 68 % des westdeutschen Primäreinkommens. Nach Steuern und Sozialtransfers wie Renten, Kindergeld und Ähnlichem nähert sich das verfügbare Einkommen auf über 78 % an.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in €

	1991	2008
Hamburg	16 482	23 455
Bremen	16 071	21 068
Baden-Württemberg	14 409	20 748
Bayern	13 733	20 339
Nordrhein-Westfalen	14 040	19 837
Hessen	13 592	19 824
Saarland	11 430	19 022
Rheinland-Pfalz	12 756	18 509
Schleswig-Holstein	13 319	18 446
Niedersachsen	12 759	18 206
Brandenburg	7 568	15 913
Berlin	12 456	15 736
Sachsen	7 231	15 708
Thüringen	7 160	15 297
Sachsen-Anhalt	6 914	15 192
Mecklenburg-Vorpommern	6 688	14 944
Deutschland	12 509	18 974
Früheres Bundesgebiet	13 779	19 838
Neue Länder einschl. Berlin	8 156	15 536

Ergebnisse des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

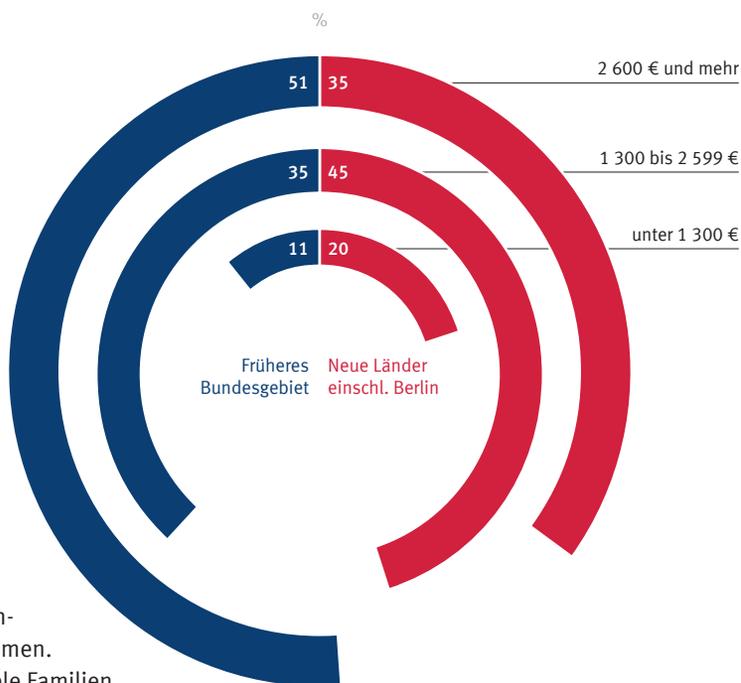
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte



Das verfügbare Einkommen entspricht dem Geld, das den Haushalten für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht. Vom Einkommen aus Erwerbstätigkeit und Vermögen (Primäreinkommen) werden Sozialbeiträge, Steuern usw. abgezogen. Staatliche Unterstützungsleistungen, wie z. B. Sozialleistungen (Rente, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld...), werden hinzugefügt.

Jeden Euro zweimal umdrehen – Familieneinkommen

Monatliches Nettoeinkommen von Familien mit minderjährigen Kindern 2009

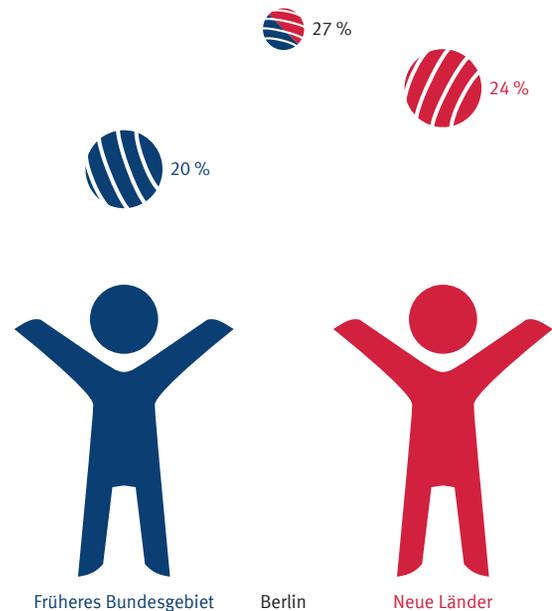


Die Gründung einer Familie hat erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation der Eltern. Westdeutsche Familien sind auch 20 Jahre nach der Wiedervereinigung finanziell häufig besser gestellt als Familien im Osten.

In den neuen Ländern und Berlin musste 2009 jede fünfte Familie (20%) mit minderjährigen Kindern mit einem monatlichen Familiennettoeinkommen von weniger als 1 300 Euro zurechtkommen. Im früheren Bundesgebiet hatten nur halb so viele Familien (11%) ein derart niedriges Einkommen.

Ein Einkommen von 2 600 Euro und mehr konnte die Hälfte der Familien in den alten Ländern (51%) verbuchen, in den neuen Ländern und Berlin traf dies nur auf gut ein Drittel (35%) der Familien zu.

Komm, spiel mit mir – Elterngeldbezug von Vätern



Seit 2007 gibt es das Elterngeld, das junge Eltern im ersten Lebensjahr ihres Kindes finanziell unterstützt. Auch junge Väter sollen motiviert werden, sich eine „Babyzeit“ zu nehmen.

Elterngeldbezug von Vätern

Anteile von im Jahr 2008 geborenen Kindern, deren Vater Elterngeld bezogen hat

	Anteile in %
Bayern	27,0
Berlin	26,9
Sachsen	26,7
Brandenburg	25,2
Thüringen	24,9
Hamburg	22,3
Baden-Württemberg	20,2
Mecklenburg-Vorpommern	20,2
Hessen	20,1
Niedersachsen	18,5
Schleswig-Holstein	18,2
Bremen	17,6
Sachsen-Anhalt	17,2
Rheinland-Pfalz	16,9
Nordrhein-Westfalen	16,4
Saarland	12,0
Deutschland	20,8
Früheres Bundesgebiet ohne Berlin	19,9
Neue Länder ohne Berlin	23,6

Regional zeigen sich dabei große Unterschiede: Für im Jahr 2008 geborene Kinder bezogen in den neuen Ländern 24 % der Väter Elterngeld, im früheren Bundesgebiet 20 %. Die höchsten Väteranteile gibt es in Bayern, Berlin und Sachsen mit jeweils rund 27 %; den geringsten zeigte das Saarland mit 12 %.

Viel Zeit nehmen sich jedoch nur die wenigsten Väter: Im bundesweiten Durchschnitt griffen 72 % nur für maximal zwei Monate auf die Unterstützung zurück. Das Elterngeld wird für bis zu 14 Monate gewährt. Mütter nehmen Elterngeld in Ost und West zu 96 % in Anspruch. Sie beziehen die Leistung zumeist für zwölf Monate.

Berlin

Neue Länder

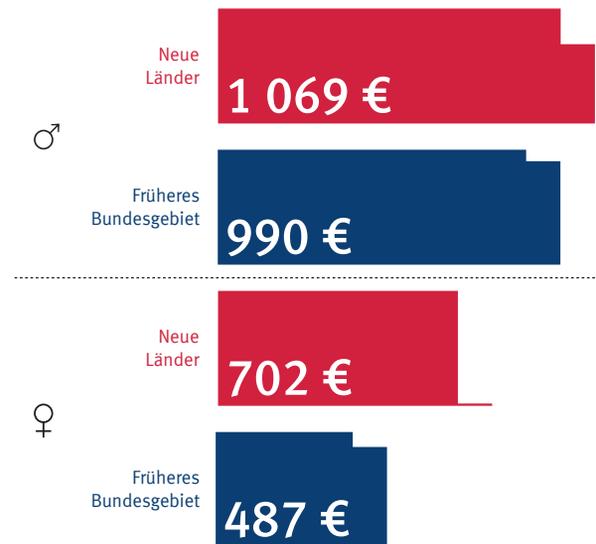
Die Abbildung verdeutlicht den Anteil von Männern, die für im Jahr 2008 geborene Kinder Elterngeld bezogen haben. Je höher der Ball, desto höher der Anteil.



Nach getaner Arbeit – Altersrente

Höhe der Altersrenten

Durchschnittlicher monatlicher Rentenzahlbetrag am 31. Dezember 2009



Nach einem Leben voller Arbeit lockt der Ruhestand und bringt mehr Zeit für sich, die Familie und alle anderen Wünsche, die neben der Arbeit vielleicht zu kurz gekommen sind. Mit durchschnittlich rund 63 Jahren traten Männer und Frauen in Deutschland 2009 ihre Altersrente an.

Daten der Deutschen Rentenversicherung.

Die ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner gelten gemeinhin als „Gewinner der Wende“. Und in der Tat sind die durchschnittlichen Auszahlungsbeträge für staatliche Altersrenten im Osten höher als im Westen: Ende 2009 lag der Durchschnitt für Männer in den neuen Ländern etwa 8 % über dem Betrag im früheren Bundesgebiet, bei Frauen waren es sogar rund 44 %.

Die Höhe der Altersrenten allein gibt jedoch noch keine vollständige Auskunft über den Lebensstandard älterer Menschen. Zuverdienste, Erträge aus privaten Rentenversicherungen sowie Vermögen oder Immobilienbesitz haben ebenfalls Einfluss auf die finanzielle Situation von Rentnern.

Netz am unteren Ende – Soziale Mindestsicherung

Den Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können, zahlt der Staat finanzielle Hilfen. Die Ursachen der Bedürftigkeit sind vielfältig: Arbeitslosigkeit, Niedrigeinkommen, geringe Renten oder dauerhafte gesundheitliche Beeinträchtigungen. „Hartz IV“ oder die Leistungen der Sozialhilfe sollen diesen Menschen helfen, ihren Lebensunterhalt zu sichern und angemessen am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Der Anteil der Personen, die Hartz IV-Leistungen erhalten, ist in den neuen Ländern und Berlin rund doppelt so hoch wie im früheren Bundesgebiet. 2008 war im Osten etwa jede bzw. jeder Sechste im Alter unter 65 Jahren betroffen (17,2%), im Westen nur jede/-r Zwölfte (8,4%).

„Hartz IV“-Empfängerinnen und Empfänger
im Dezember 2008

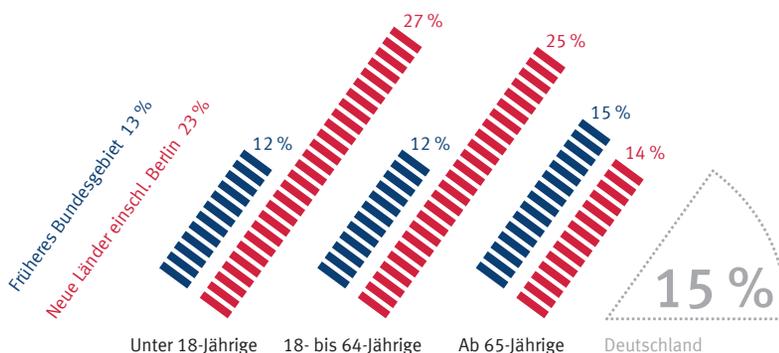


Mehr als 86% der Personen, die soziale Mindestsicherung erhalten, beziehen Hartz IV-Leistungen (Arbeitslosengeld II und Sozialgeld). Die übrigen Empfängerinnen und Empfänger erhalten Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen oder Leistungen der Kriegsopferfürsorge.

Finanzielle Schieflage – Armutsgefährdung

Armutsgefährdungsquote 2007

Anteile von Personen mit weniger als 60 % des deutschen Medianeinkommens nach Sozialtransfers



Deutschland gehört zu den wichtigsten Wirtschaftsnationen der Welt, aber der Wohlstand ist nicht gleich verteilt. Insgesamt waren 2007 in Deutschland 15 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Geringe Qualifikation, Arbeitslosigkeit oder schlecht bezahlte Arbeit können Gründe hierfür sein. Alleinerziehende und ihre Kinder waren dabei besonders häufig von Armut bedroht: Hier waren es 36 %.

In den neuen Ländern und Berlin lagen die Quoten für einzelne Personengruppen zumeist deutlich über denen im früheren Bundesgebiet. Nur bei der Gruppe der 65-Jährigen und Älteren gab es keine nennenswerten Unterschiede zwischen Ost (14 %) und West (15 %).

Im Bundesländervergleich weist Mecklenburg-Vorpommern die höchste Armutsgefährdungsquote auf. Unter den Ländern mit den höchsten Quoten findet sich außer Bremen kein weiteres westdeutsches Bundesland.

Als armutsgefährdet gilt, wer selbst nach staatlichen Transferleistungen weniger als 60 % des deutschen Medianeinkommens zur Verfügung hat.

Medianeinkommen bedeutet: Wenn man alle Einkommen in aufsteigender Reihenfolge ordnet, teilt der Median die Verteilung genau in der Mitte. Die Hälfte aller Einkommen liegt darüber, die andere Hälfte darunter.

2007 galt eine alleinlebende Person mit einem Jahreseinkommen von unter 10 953 € als armutsgefährdet. Für einen Haushalt mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern unter 14 Jahren betrug der Wert 23 001 €.

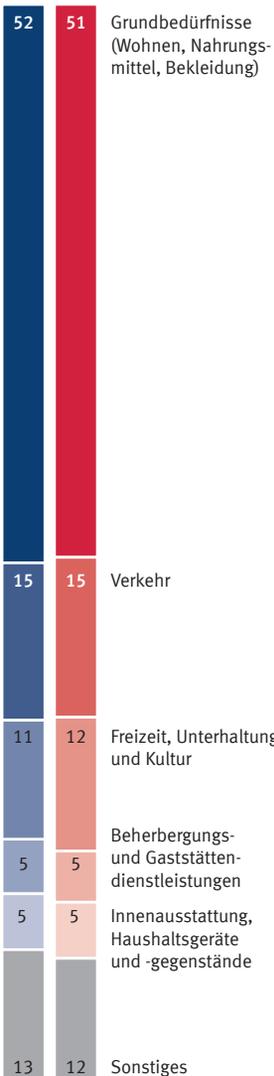
Was mir was wert ist – Konsumausgaben

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2008

Anteile in %

Früheres
Bundesgebiet

Neue Länder



2 333 €

Früheres Bundesgebiet



1 857 €

Neue Länder

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte im Osten lagen 2008 bei rund 80% des Westniveaus. So gaben Privathaushalte in den neuen Ländern durchschnittlich 1.857 Euro im Monat aus, im früheren Bundesgebiet 2.333 Euro.

Trotz unterschiedlichem Niveau sind die Konsummuster in Ost und West nahezu identisch. Für die Grundbedürfnisse Wohnung, Nahrung und Bekleidung verwendeten die privaten Haushalte 2008 durchschnittlich etwas mehr als die Hälfte ihrer gesamten Konsumausgaben. Mobilität schlug in beiden Teilen Deutschlands mit durchschnittlich 15% zu Buche, gefolgt von den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Für Restaurants und Hotelübernachtungen belasteten die Privathaushalte ihre Budgets mit 5% genauso hoch wie mit ihren Ausgaben für die Wohnungseinrichtung. Diese Konsummuster haben sich seit 1993 nicht wesentlich verändert.

Einheitlich eingerichtet – Haushaltsausstattung

Die Ausstattung mit Gebrauchsgütern spiegelt einen Teil der Lebenssituation der privaten Haushalte wider. Hier ist die Einheit weitgehend vollzogen: Für fast alle höherwertigeren Gebrauchsgegenstände zeigen sich ähnliche Ausstattungsquoten.

Bereits seit 1993 sind nahezu alle Haushalte in den neuen Ländern wie im früheren Bundesgebiet (jeweils rund 95 %) mit Fernsehgeräten ausgestattet. Auch die modernen Flachbildgeräte finden sich gleichermaßen in etwa jedem sechsten Haushalt in Ost und West. Telefonisch erreichbar – sei es über Handy oder Festnetz – ist mittlerweile jeder Haushalt. 1993 zeigten sich hier noch deutliche Unterschiede: Damals stand in Ostdeutschland nur in jedem zweiten Haushalt ein Telefon. 1993 hatten auch nur die wenigsten Haushalte in den neuen Ländern eine Geschirrspülmaschine (3%), bis 2008 stieg der Anteil auf 55% und näherte sich damit dem Anteil im früheren Bundesgebiet (64%) stark an. Für MP3-Player und Digitalkameras sind die Ausstattungsquoten ebenfalls im Westen leicht höher als im Osten. Bei der Ausstattung mit Wäschetrocknern hingegen ist es im letzten Jahrzehnt zu keiner weiteren Annäherung zwischen Ost und West gekommen.



Haushaltsausstattung 2008

Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern

Früheres Bundesgebiet Neue Länder

Mobiltelefon



86 % 86 %

Geschirrspülmaschine



64 % 55 %

Fotoapparat digital



60 % 53 %

Wäschetrockner



42 % 22 %

MP3-Player



39 % 32 %

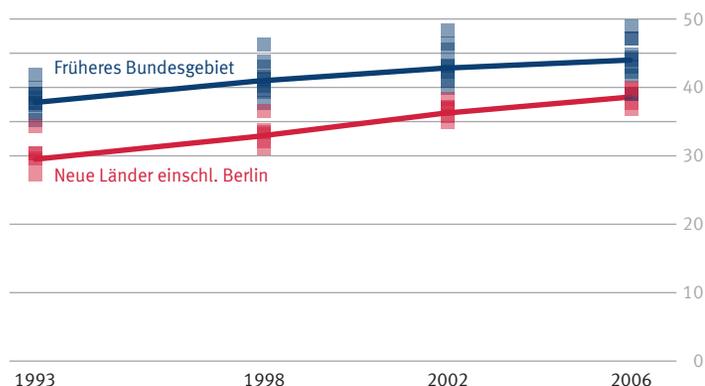
Flachbildfernseher



16 % 15 %

Raum zum Leben – Wohnverhältnisse

Wohnfläche je Person in m²



Tür zu, Schlüssel weg, Schuhe aus, zu Hause ist's am schönsten. Und das Schönste ist, genügend Platz für alle Bedürfnisse des privaten Lebens zu haben.

Im bundesdeutschen Durchschnitt hatten die Menschen 2006 rund 43 Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. Handelt es sich um eine eigene Wohnung oder ein eigenes Haus, so ist die Wohnfläche pro Person meist noch deutlich größer.

Wohnfläche je Person in m²

	1993	2006	Zuwachs
	in m ²		in %
Saarland	41,8	48,9	17,0
Niedersachsen	39,1	47,2	20,7
Rheinland-Pfalz	39,9	47,2	18,3
Hessen	39,1	44,8	14,6
Bayern	38,5	44,3	15,1
Schleswig-Holstein	37,8	44,1	16,7
Baden-Württemberg	37,7	43,0	14,1
Nordrhein-Westfalen	36,2	42,3	16,9
Bremen	37,5	41,7	11,2
Berlin	34,3	39,9	16,3
Brandenburg	29,6	39,6	33,8
Hamburg	35,2	39,0	10,8
Thüringen	30,4	39,0	28,3
Sachsen-Anhalt	30,3	38,9	28,4
Mecklenburg-Vorpommern	27,3	37,8	38,5
Sachsen	29,4	36,8	25,2

Angaben beziehen sich nicht auf Wohnungen in Wohnheimen, Ferien-/Freizeitwohnungen und privatrechtlich gemietete Wohnungen von Angehörigen ausländischer Streitkräfte u. Ä.

In den neuen Ländern und Berlin wohnte eine Person 2006 auf durchschnittlich 38,6 Quadratmetern. Im früheren Bundesgebiet waren es sogar 44 Quadratmeter. In den letzten 20 Jahren hat die Wohnfläche je Person in Deutschland kontinuierlich zugenommen. Besonders stark fiel der Zuwachs im Osten aus: Im Vergleich zu 1993 stehen den Bewohnern durchschnittlich neun Quadratmeter mehr zur Verfügung. Im Westen nahm die Fläche im Schnitt immerhin noch um sechs Quadratmeter zu.

In der Grafik sind neben den Mittelwerten der Wohnfläche je Person in Ost und West auch die Werte der einzelnen Bundesländer abgetragen, um die regionalen Unterschiede deutlich zu machen.

Insgesamt zeigt sich eine Zunahme des Wohnraums je Person sowie eine Annäherung von Ost und West.

Ein guter Grund – Kaufwerte für Bauland

Das eigene Haus mit Garten ist eine Wunschvorstellung von Vielen in Ost und West. Grundvoraussetzung für einen Neubau ist das geeignete Bauland, das je nach Lage ganz verschiedene Investitionen erforderlich macht.

Der durchschnittliche Preis für ein Baugrundstück lag im Jahr 1992 in beiden Landesteilen bei rund 62 000 Euro. Die Grundstücke in den neuen Ländern waren dabei wesentlich größer als im früheren Bundesgebiet. Ein Quadratmeter baureifes Land kostete 13,90 Euro im Osten, im Westen durchschnittlich 64,71 Euro.

Kaufwerte für Bauland 2008

Durchschnittlicher Kaufwert je m ² baureifes Land in €	
Hamburg	588
Berlin	274
Bayern	228
Baden-Württemberg	171
Bremen	159
Nordrhein-Westfalen	134
Hessen	128
Deutschland	127
Schleswig-Holstein	111
Rheinland-Pfalz	107
Saarland	77
Niedersachsen	73
Sachsen	53
Brandenburg	51
Mecklenburg-Vorpommern	49
Thüringen	31
Sachsen-Anhalt	30

Verkäufe ab 100 m² Fläche.

Baureif: Alle Erschließungsarbeiten ausgeführt, das Grundstück kann sofort bebaut werden.

Bis zum Jahr 2008 verringerte sich dieser Abstand, sodass die Quadratmeterpreise im Osten 38 % des Westniveaus erreichten. Dennoch: Mit 135 000 Euro kostete ein Baugrundstück im früheren Bundesgebiet rund doppelt so viel, wie in den neuen Ländern (69 000 Euro). Spitzenreiter für Grundstückspreise ist Hamburg: Ein Quadratmeter baureifes Land kostete hier im Jahresdurchschnitt 2008 fast 590 Euro. Schlusslicht ist Sachsen-Anhalt, wo ein Quadratmeter bereits für rund 30 Euro zu haben war.

Hamburg
Berlin
Bayern
Baden-Württemberg
Bremen
Nordrhein-Westfalen
Hessen
Schleswig-Holstein
Rheinland-Pfalz
Saarland
Niedersachsen
Sachsen
Brandenburg
Mecklenburg-Vorpommern
Thüringen
Sachsen-Anhalt

Die Abbildung verdeutlicht das Niveau der Bodenpreise 2008 im jeweiligen Bundesland. Je größer das Wort, um so höher der Kaufwert je Quadratmeter Land.

Die eigenen vier Wände – Immobilienbesitz

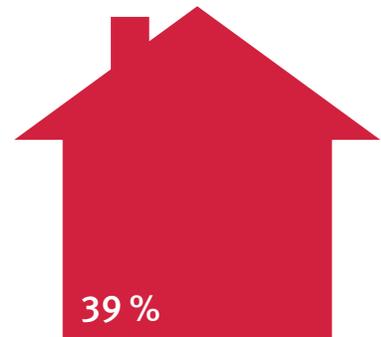
Immobilienbesitz der privaten Haushalte 2008

Anteil von Haushalten mit Haus-/Grundbesitz

Früheres Bundesgebiet



Neue Länder



Ob als Lebensraum oder Geldanlage: Die eigene Immobilie bietet Platz für ein ungestörtes Leben und ist eine gute Altersvorsorge. Die Hälfte (50%) aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet verfügte 2008 über Haus- oder Grundbesitz, in den neuen Ländern waren es 39%. Während der Anteil von Immobilienbesitzern im Westen seit Beginn der 1990er-Jahre nahezu gleichgeblieben ist, hat sich ihr Anteil im Osten stetig erhöht.

Die meisten Haushalte mit Immobilienbesitz haben Einfamilienhäuser. An zweiter Stelle stehen im Westen Eigentumswohnungen, im Osten Ferienhäuser oder das Häuschen im Kleingarten – die sogenannte Laube.

Die Anschaffung einer Immobilie ist zumeist mit einem Kredit verbunden: So hatte 2008 jeder vierte Haushalt im Westen eine Hypothekenrestschuld zu begleichen. Im Osten traf dies zu Beginn der 1990er-Jahre auf jeden zehnten Haushalt zu, 2008 bereits auf jeden fünften.

Die Sonntagsfrage – Wahlverhalten



Neben der gemeinsamen Währung war die Wahl eines gesamtdeutschen Parlaments ein großer Schritt für die Einheit Deutschlands. Bereits sechs Mal haben die Bürgerinnen und Bürger seit 1990 in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl den Bundestag gewählt.

Mit der Einheit hat sich die deutsche Parteienlandschaft verändert: Zu den etablierten Parteien kam die PDS – heute DIE LINKE – hinzu und hat das politische Spektrum erweitert. DIE LINKE ist längst keine „Ost-Partei“ mehr, weist im Osten dennoch weit höhere Stimmanteile auf als im früheren Bundesgebiet. Auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die das Jahr der Einheit bis heute in ihrem Namen tragen, gewannen Raum im politischen Feld.

Nicht nur in der Parteienstruktur, auch in der Wahlbeteiligung zeigen sich Differenzen: Trotz einiger Schwankungen liegt die Wahlbeteiligung in den neuen Ländern im Durchschnitt sechs Prozentpunkte niedriger als im früheren Bundesgebiet.

Die Abbildung verdeutlicht die Anteile der Zweitstimmen, die bei den Bundestagswahlen 1990 und 2009 auf die entsprechenden Parteien entfielen. Je größer das Wort, desto höher das Wahlergebnis.

Ergebnisse der Bundestagswahlen

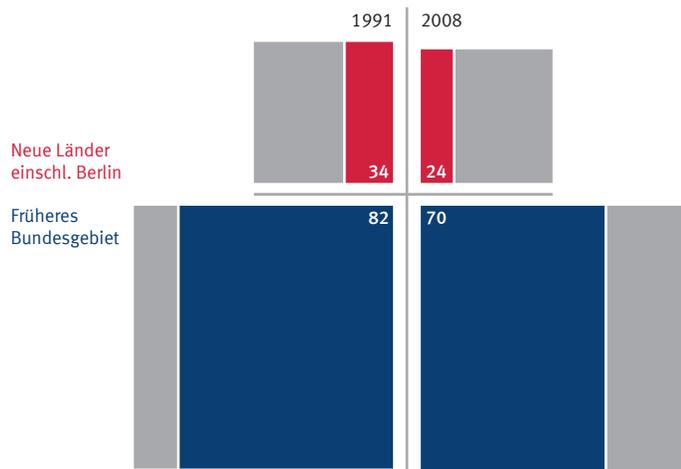
Anteile der Zweitstimmen in %

	1990		2009	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder
CDU/CSU	44,3	41,8	34,6	29,8
SPD	35,7	24,3	24,1	17,9
FDP	10,6	12,9	15,4	10,6
DIE LINKE (PDS)	0,3	11,1	8,3	28,5
GRÜNE	4,8	6,2	11,5	6,8
Sonstige	4,3	3,7	5,9	6,3

Die Gretchenfrage – Religionszugehörigkeit

Religionszugehörigkeit zu christlichen Kirchen

Anteile von Personen mit jeweiliger Religionszugehörigkeit in %



Fast 50 Millionen Menschen in Deutschland waren 2008 Angehörige der evangelischen oder katholischen Kirchen – das sind rund 60 % der Bevölkerung.

Die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft war in der DDR weniger verbreitet als im Westen: So bekannten sich 1991 lediglich 34 % der Menschen in den neuen Ländern und Berlin zur Kirche, im früheren Bundesgebiet waren es über 80 %.

Seit der Wiedervereinigung sind die Mitgliederzahlen der christlichen Kirchen infolge von vermehrten Austritten, Sterbefällen und weniger Taufen stetig gesunken – im Osten dabei stärker als im Westen. In den neuen Ländern gingen die Mitgliederzahlen der katholischen Kirche um rund 25 % zurück, die der evangelischen Kirche sogar um rund 38 %. Der relative Verlust von Mitgliedern im früheren Bundesgebiet traf ebenfalls die evangelische Kirche (– 12 %) stärker als die katholische (– 10 %).

Die Abbildung verdeutlicht die Anteile von Personen mit evangelischer oder katholischer Religion in den neuen Ländern einschl. Berlin und im früheren Bundesgebiet.

Die grauen Quadrate stehen für die jeweilige Gesamtbevölkerung, die Farbflächen für den Anteil der Personen, die den christlichen Kirchen angehören.

Mitgliederzahlen der christlichen Kirchen

	1991 in Mill.		2008 in Mill.		Differenz 1991 – 2008 in %	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder einschl. Berlin
Evangelisch	24,2	5,0	21,4	3,2	– 11,6	– 37,5
Katholisch	27,1	1,1	24,4	0,8	– 10,1	– 25,3

Die Katholiken sind nach Bistümern, die Protestanten nach Gliedkirchen in Ost und West unterteilt. Für beide Kirchengemeinschaften stimmen die Grenzen nicht exakt mit den Landesgrenzen überein. Das Bistum Schwerin ist ab Oktober 1994 in das Erzbistum Hamburg integriert und wird daher ab 1995 im früheren Bundesgebiet ausgewiesen.

Impressum

66

Statistisches Bundesamt, 20 Jahre Deutsche Einheit 2010

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Internet: www.destatis.de

Konzeption, Redaktion und Gestaltung: Andreas Bliemeister

Ihr Kontakt zu uns:
www.destatis.de/kontakt

Weitere Informationen zur Broschüre
Tel.: +49 (0) 611 / 75 45 53

Statistischer Informationsservice
Tel.: +49 (0) 611 / 75 24 05
Fax: +49 (0) 611 / 75 33 30

Erschienen im September 2010

Bestellnummer: 0000125-10900-1

Download [PDF]
Artikelnummer: 0000125-10900-4

Bildrechte:
Umschlag: © iStockphoto.com/omergenc

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2010
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

